

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Aboonimentspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. — Fest- und Versammlungsinscserate kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelshäuser Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 x 89. Telegr. Adr.: Altherband Bochum.

Bergmannssterben!

Die schmerzliche Trauerkunde von einem so schrecklichen Grubenunglück, wie es sich nach der Katastrophe in Courrières nicht wieder ereignet hat, brachte am 14. Oktober der Telegraph herüber, wo durch eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion auf der Grube Nübeleral Schacht Lancaster, wahrscheinlich 450 Kameraden den Tod gefunden haben. Die schreckliche Grubenexplosion ereignete sich am 14. Oktober, morgens um 8 Uhr, auf dem in Tenghenydd in Südwales, 16 Kilometer von Cardiff entfernten Schacht Lancaster. Am 14. Oktober, 8 Uhr, fuhr die Tagesschicht, bestehend aus 925 Mann, auf Schacht Lancaster ein und zwei Stunden später wurde die Bevölkerung durch eine starke Explosion erschreckt. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß das Schachthaus abgedeckt und das Holzwerk im Schacht zertrümmt wurde. Der Knall wurde in einer Entfernung von zwei Kilometern gehört und brachte die halbe Bevölkerung des Tales auf die Beine, die ihren Weg nach dem Unglücksorte nahm.

Durch die Zerstörung war die Rettungsarbeit in diesem Schachte unmöglich und die Rettungsmannschaft, unter Führung des Grubendirektors Mr. Shaw, fuhr im angrenzenden Schacht ein. Hier fand sie zu ihrer Freude einige hundert Mann, die sich aus dem Ostrevier des Lancaster-Schachtes hierher geflüchtet hatten. Viele von ihnen waren in einem bedauernswerten Zustand und dürften kaum mit dem Leben davongekommen. Die Arbeiter wurden zu Tage gefördert und ein Versuch gemacht, zu den Arbeitern im Westrevier zu gelangen. In diesem Revier befanden sich 446 Mann, denen der Rückzug abgeschnitten war. Durch die Explosion wurden sämtliche Strecken 60 Meter vom Füllort des Schachtes verschüttet. Gegen Mittag wurde die schreckliche Nachricht bekannt, daß Feuer ausgebrochen ist und alle Hoffnung auf Rettung der Eingeschlossenen aufgegeben sei. Bis zum 14. Oktober abends wurden 489 Mann zu Tage gefördert. Die Rettungsmannschaften setzten ihre heroische Arbeit fort, um Herr des Feuers zu werden. Übernachts um 1 Uhr kam der Berginspektor Dr. Atkinson aus der Grube mit der Nachricht, daß das Feuer immer noch wütete, und bis 15. Oktober morgens wird gemeldet, daß an eine Rettung der 446 einzuschlossenen Arbeiter nicht zu denken ist.

Die schwache Hoffnung, daß nach dem Ersticken des Brandes es gelingen würde, von den eingeschlossenen Opfern noch eine Anzahl lebend zu bergen, ist aufgegangen geworden. Der Brand in den Schächten ist von neuem so stark emporgeflammt, daß die Arbeiten zur Rettung der Eingeschlossenen in der Nacht zum 16. Oktober eingestellt werden mußten. In der Grube befinden sich noch 375 Bergleute eingeschlossen. Es ist kaum noch daran zu denken, daß auch nur einer von ihnen lebend das Tageslicht erblickt. Soweit nicht das Feuer die Eingeschlossenen mordet, sorgen die dichten Rauchschwaden dafür, daß das Innere der Grube zu einem der furchtbaren Massengräber in der Geschichte des Bergbaues wird. Sind doch mit den bereits geborgenen Leichen insgesamt 451 Grubenarbeiter der Katastrophe zum Opfer gefallen!

Der Heroismus der Bergarbeiterbevölkerung hat sich auch bei diesem entsetzlichen Drama auf das glänzendste bewährt. Von allen Seiten des Bergbaubezirkes in Südwales eilten die freiwilligen Hilfskräfte herbei. Der Ruf: „Eure Kameraden sind in Lebensgefahr!“, brachte so viel Freiwillige an die Unglücksstätte, daß nur ein kleiner Teil zu den Rettungsarbeiten herangezogen werden konnte. Kameraden, die eben erst der brennenden Hölle entronnen waren, verlangten voll edler Kameradschaftlichkeit, daß ihnen gestattet würde, zur Rettung ihrer Arbeitsbrüder wieder in den Höllenschlund einzufahren zu dürfen.

In der Nacht stießen die Rettungsmannschaften, die sich unermüdlich einen Weg durch das Feuer und die eingestürzten Strecken gebahnt hatten, auf die ersten Arbeiter in der Station Lancaster. Sie fanden 18 Mann am Leben. Watts Morgan, der bekannte Bergarbeiterführer, der den ganzen Tag bei den Rettungsarbeiten mitgeholfen, kam mit dem ersten Förderkorb heraus und rief: „Van Moore, und er ist am Leben, hurra!“ Die Menge, die vor der Zelt wartete, stimmte in den Ruf ein. Frauen und Mädchen weinten vor Freude. Die Hoffnung war wieder in die Herzen aller eingezogen. Aber die aus der Grube geschafften Kameraden waren meist schwer verletzt. Die Retter fanden auch viele Tote. So wurde ein junger Kamerad, der sich schon fast erholt hatte, bei einem Haufen von 16 Toten gefunden. Nicht weit von dieser Gruppe stand man einen Mann und einen Knaben, die sich im Tode die Hände reichten. Und daneben saß ein toter Kamerad, der seine Mütze und seine Lampe umklammert hielt.

Trotzdem die Sachverständigen schon erklärt hatten, daß alle Mühen vergleichbar seien, wurden nach heroischen Anstrengungen einer Rettungskolonne noch 21 Mann lebend geborgen.

Zuletzt ist das furchtbare Drama beendet. Mit den verzweifelten Frauen und Kindern der Dohingerästen belegt die ganze Arbeiterbevölkerung Englands, die der ganzen Welt den Verlust so vieler breiter Kameraden, die dem unersättlichen Kapitalismus zum Opfer fielen.

Unser Vorstand sandte an Thomas Ashton in Manchester folgendes Telegramm:

„Liebeswelt von dem schrecklichen Unglück in Cardiff, das Hunderten von englischen Bergleuten das Leben kostete, sprechen wir Ihnen und den englischen Kameraden unsere tiefgefühlte Teilnahme aus. Ein besserer internationaler Bergarbeiter- schutz ist nötig, um zukünftig solche schmerzlichen und traurigen Ereignisse zu verhindern.“

J. A. H. Sachse, Otto H.ue.“

Die Streifbrüder zur Knappschaftrreform.

Der unerwartet günstige und für die Knappschaftrreform günstiger auch erfolgreiche Verlauf der letzten Generalversammlung des Bochumer Knappschaftrvereins wird von der anständigen Tagespresse aller Richtungen ihrem hohen Wert entsprechend mit Aufstand und Würde kommentiert und die Haltung unserer Kämpfen lobend anerkannt. Auf einen solchen Ausgang war niemand gefaßt, der die Verfassung des Knappschaftrwesens kennt, wonach die Werksbesitzer faktisch zu entscheiden haben, und dann weiß, welche harten und zähen Widerstände die Werksherrn von jeher den Männchen der Arbeiter entgegengesetzt haben und welche erbitterten Kämpfe es oft gekostet hat, auch nur die kleinste Verbesserung durchzusetzen. Möchten die Forderungen noch so berechtigt und auch durchführbar sein, wenn die Werksherrn ihr „unannehmbar“ erklären, waren die Kämpfen dagegen machtlos, selbst wenn sie einig aufgetreten wären, was bisher noch nicht der Fall war. Bis zum Jahre 1907 brachten die Werksherrn jeden Saugungsentwurf in derartiger Fassung glatt durch, wie ihn die Beschenherren durch die Knappschaftrverwaltung vorlegen ließen, und alle Anträge der Kämpfen wurden ebenso glatt abgeschlagen, möchten sie gestellt oder begründet worden sein durch rote, schwarze oder blaue Kästen. Wie wenig die Werksherrn selbst den „christlichen“ Kämpfen und ihren Anträgen entgegenkommen, erfahren wir aus dem Bericht des „allerchristlichsten“ „Bergknappen“ vom 5. Januar 1901 über die Generalversammlung vom 29. Dezember 1900. Der „Bergknappe“ schrieb über die Ablehnung der Reformanträge wie folgt:

„Es mag von vornherein bemerkt werden, daß seitens der Werksbesitzer — in der Generalversammlung — gegen alle Reformanträge gestimmt wurde. Trotzdem ist die Generalversammlung nicht nutzlos gewesen (!), denn sie hat den Arbeitern und auch der Außenwelt nochmals gezeigt, wie weit das sogenannte Wohlwollen der Werksbesitzer gegen die Arbeiter her ist. Daß dieses Benehmen der Werksvertreter, sich stumm zu verhalten und gegen alle Reformvorschläge zu stimmen, auf Seiten der Kämpfen Erhöhung herorruft, ist begreiflich. Man bemerkte bei einzelnen Werksbesitzern geradezu höhnische Grimassen. Als sie gegen die Gleichstellung der alten Invaliden von vor 1892 stimmten, erschollen aus den Reihen der Arbeitervertreter die Rufe: „Psst!“ „Haben kein Herz!“ „Haben ein Herz von Stein!“... Wie es den armen alten Invaliden zumute ist, davon haben ja Herr Bergknabe Ludwig und die Werksvertreter kein Verständnis.“

Hoffentlich wird das beinahe provige Verhalten der Werksvertreter vollständig erläutert auf die Bergleute wirken. Wir sehen, daß von der Seite nicht der geringste Fortschritt im Knappschaftrwesen auf glücklichem Wege zu erreichen ist. Hier müssen andere Mittel in Anwendung kommen.“

Nach dem stets unfehlbaren, einwandfreien und allein richtigen Urteil des „Bergknappen“ ist auf Seiten der Werksherrn nicht der geringste Fortschritt im Knappschaftrwesen auf gütlichem Wege zu erreichen, um so mehr hätte man erwarten sollen, daß derselbe „Bergknappe“ die jetzt auf gütlichem Wege erzielten Fortschritte freudig begrüßt hätte. Zum ersten Male ist in der Gesellschaft des Bochumer Knappschaftrvereins zu verzeichnen, daß das Kranfgeld um 75 bis 100 Pf. pro Tag erhöht wurde, ohne einen Pfennig Beitragserhöhung, zum ersten Male wurde für die Mitglieder eine Mehrzuwendung pro Jahr von fast 2½ Millionen Mark erzielt, trotzdem die Werksherrn in ihrem Entwurf nicht die geringste Verbesserung vorgesehen hatten, noch gewollt waren, solche zu gewähren. Wenn sie sich dennoch für Biegungsfälle bereit finden ließen, so nur durch die entschlossene Haltung unserer Kämpfen im Vorstand und infolge der Aussichtslosigkeit, den Saugungsentwurf ohne Biegungsfälle durchzubringen. Seit 1904 hat unser Verband die absolute, seit 1910 die Zweidrittelmehrheit, und erst mit dieser Mehrheit haben die wirklichen Kämpfe um Verbesserungen im Bochumer Knappschaftrverein begonnen. Nur die Verbandsältesten haben im Vorstand und in der Generalversammlung den Mut gehabt, dem „Nein“ der Werksbesitzer ein ebenso entschlossenes „Nein“ der Arbeitervertreter entgegenzusetzen, und weil die Werksherrn vor einer Mauer standen, weil sie im Vorstand ihren Willen nicht durchsetzen und vor einem erneuten Zwangsstatut zurücktreten, ließen sie mit sich verhandeln, und so kam das Kompromiß zustande, mit dessen einstimmiger Annahme die Generalversammlung abschloß.

Der „Bergknappe“, dessen alleiniger Daseinszweck die Bekämpfung unseres Verbandes ist, bleibt dem von August Brust aufgestellten Grundlokk „Ich weiß, daß die Verbandsältesten ihre Pflicht getan haben, sie zu verleumden ist mein Geschäft“, trennt und quält sich in Nr. 42 vom 18. Oktober ein, habschwoles Basquill ab gegen unsere Kämpfen und die „Bergarbeiter-Zeitung“. zunächst „bedauert“ das Streifbrüderorgan die Ablehnung der „christlichen“ Anträge durch die Werksherrn und beweist die Richtigkeit der Berechnungen des Knappschaftrmathematikers Dr. Zimmermann. „Wir halten die Berechnung des Mathematikers nicht für zutreffend“, sagt derselbe „Bergknappe“, der 1911 ganz andere „Berechnungen“ aufgestellt und den Werksbesitzern damals schon die Begründung geleistet hat für die Ablehnung der „christlichen“ Anträge! Weil auf äußerlichem Wege, wie der „Bergknappe“ schrieb, nicht die geringsten Fortschritte zu erreichen waren, weil gegen die Werksherrn „andere Mittel in Anwendung kommen“ müssen, stellte unser Verband durch H.ue. und Sachse bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung fast teilweise sogar wörtlich dieselben Anträge, die jetzt von den „Christen“ an die Generalversammlung gestellt wurden, um die Werksherrn unter der Klinge der Gezeggebung zum Nachgeben zu zwingen; aber die „Christen“ lehnten unsere Anträge rundweg ab!!! Der „Berg-

knappe“ tat noch mehr: er nannte die Anträge „ungehönerlich“ und schrieb in Nr. 35 vom 2. September 1911 dazu:

„Die Mehrausgaben für die von den Sozialdemokraten beantragte Fürsorge für die Familienangehörigen in den verschiedenen Lebens- und Gesundheitsfragen würden sich mithin stellen (für den Bochumer Knappschaftrverein): Aus Antrag I 802 729 M., aus Antrag II 8 002 417 M., aus Antrag III 11 864 416 M., aus Antrag IV 117 662 M., aus Antrag V 1 062 517 M., zusammen 20 440 741 M. Dazu kommen noch die im vorigen Artikel (Nr. 84 des „Bergknappen“) nach dem Grundlohn berechneten Mehrausgaben an Krankengeld. Zahlung des Krankengeldes an Sonn- und Feiertagen sowie des Haushaltsgeldes an die Angehörigen der in Krankenhäusern versetzten erkrankten Mitglieder im Betrage von zusammen 11,5 Millionen. Die gesamte Mehrbelastung für die Krankenkasse des Allgemeinen Knappschaftrvereins würde also alljährlich betragen rund 31 940 000 M.... Diese Summe würde aber in Wirklichkeit nicht einmal reichen, da der durch das Gesetz vorgeschriebene Reservesondes der Krankenkasse hier nicht in Rechnung gezogen ist, sondern nur die glatten Mehrausgaben nach den knappschaftrlichen Unterlagen von 1910.“

Der Knappschaftrmathematiker berechnete die Ausgaben dieser Anträge auf nur 21 Millionen, der Streifbrüdervereinsmathematiker jedoch auf fast 32 Millionen Mark!!! Die Werksherrn hätten sich die Berechnung des Herrn Dr. Zimmermann ruhig sparen können, der „Bergknappe“ bot ihnen für ihre ablehnende Haltung „einwandfreies“ Material mehr als genug! Wenn aber der „Bergknappe“ der festen Überzeugung ist, daß die Rentabilitätsberechnung des Herrn Dr. Zimmermann nicht zutrifft, ist so möglicher doch der Streifbrüderverein durch seinen „Mathematiker“ eine bessere Gegenrechnung aufzustellen, mit der dann die Grubenbesitzer genau so zu Boden geworfen werden, wie durch den „Bogelfang“ zur Arbeitsgemeinschaft. Nach Aufhebung der unständigen Kasse im Jahre 1908 ist die Steigerung der pensionsberechtigten Mitglieder geradezu sprunghaft und damit auch die Pflichten der Sicherstellung der Rechte an die Kasse. 1907 gehörten der Pensionskasse 183 000 Mitglieder an, 1912 aber schon 310 000, von denen jedoch erst 165 803 pensionsberechtigt waren. Nach wenigen Jahren wird es über 300 000 pensionsberechtigte Mitglieder geben, deren Rechte nach dem Gesetz dauernd sich erneut gestellt werden müssen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zimmermannsche Berechnung in der Theorie stimmt — wenn sie auch nicht so exakt und präzise ist, als diejenige des Streifbrüdervereinsmathematikers —, für die Praxis trifft sie nicht zu, weil die Voraussetzungen der Einstellung des Bergbaus nicht eintreffen. Bleibt der Bergbau auch nur auf seiner heutigen Höhe stabil, so werden die Einnahmen immer bedeutend höher sein als die Ausgaben, und hätte ruhig mehr gewährt werden können. Die Unternehmer halten sich jedoch am Gesetz, das die „dauernde Sicherstellung“ aller Ansprüche fordert.

Dann leistet sich der „Bergknappe“ folgende förmliche Harlekinade:

„Die Werksvertreter lassen jetzt ohne jedes Entgegenkommen nicht durch. Sie wußten, daß sie bei Ablehnung jeder Verbesserung alle Arbeiter gegen sich halten. Der Aufruf des Gewerbevereins zur Arbeitsgemeinschaft und einer gemeinsamen Kampffront zeigte deutlich, wohin der Weg ging.“

Falstaff: So röhrt mich mein großes Christentum auf, so lagen die Grubenbesitzer im Chausseegraben! Der „Bogelfang“ zur Arbeitsgemeinschaft soll die Werksherrn ohne weiteres zum Nachgeben gezwungen haben! Ist das richtig und glauben die Streifbrüder daran, dann wird ihre Tat von 1912 noch um 90 Prozent ungehönerlich, denn dann haben die „Christen“ mit ihrer Streifbrüderklärung den Grubenbesitzer erst den Mut eingeschworen, alle Forderungen der Bergarbeiter abzulehnen!!! Hätte der „Bergknappe“ im März 1912 einen „Bogelfang“ zur Arbeitsgemeinschaft angekündigt, sofort würden der Bergbauliche Verein und alle Grubenbesitzer vor diesem „Bogelfang“ kapituliert und die Forderungen schläfrig bewilligt haben!

Weiter schreibt Falstaff im „Bergknappen“:

„Da die Verbandsältesten die Kompromißanträge mit den Werksvertretern vereinbart hatten, war deren Annahme sicher. Sie wurden dann auch einstimmig angenommen. Wir sind aber überzeugt: Hätte der Verband ganz im Sinne des Gewerbevereins gearbeitet, hätte die „Bergarbeiter-Ztg.“ nicht ihre einigkeitsfördernden Artikel gehabt und hätten alle Kämpfen frühzeitig zusammen gearbeitet, so wäre mehr herausgekommen. Und noch eins. Die Kämpfen des Verbandes waren jetzt gemäßigter als früher, die sogenannten Gemäßigten, die von den Genossen ja immer als die schlimmsten Arbeitervertreter hingestellt wurden. Hätten sich früher die Gewerbevereinsältesten, als sie noch die Mehrheit hatten, in einer solchen Situation mit solchen Bescheidenen Zugeständnissen begnügt, so würden die Arbeitervertreter, Lumpen, Schufte usw. nur so hageln. Hoffentlich fragen die Bergleute die Verbandsältesten und die Gewerbevereinsältesten überhaupt einmal, warum sie jetzt so ganz anders handeln, wie sie es früher von unseren Leuten verlangten.“

Hätte der Verband im Sinne des Gewerbevereins gehandelt, die Streifbrüderältesten zur gemeinsamen Beratung herangezogen, wäre das Komprimitiiv niemals zustande gekommen und die Knappschaftrmitglieder wären wiederum leer ausgegangen! Die Streifbrüderältesten lauerten nur auf den Augenblick, wo sie uns ein Bein stellen und die Verhandlungen zum Scheitern bringen könnten, um uns dann für den Misserfolg verantwortlich zu machen! Die Werksherrn gaben ihre Zustimmung für das erhöhte Haushaltsgeld nur unter der Bedingung, daß unsere Kämpfen für den Bau von Knapp-

chäftsankrankenhausern stimmten, was die "Christen" nach ihrer Erklärung rückwärts ablehnten. Schon an dieser Stelle wären alle Verhandlungen gescheitert, wenn wir mit den Streikführern verhandelt hätten und die Knappenschaftsmitglieder erhielten keinen Pfennig. Dabei wären die Krankenhäuser dennoch gebaut worden, weil sie eine unabsehbare Notwendigkeit sind. Als die Knappenschaftsverwaltung das Krankenhaus in Dierdorf bauen wollte, haben unsere Vorstandssäle gegen die Wahlung gestimmt, aber die Verwaltung rief das Oberbergamt an und dieses ordnete die Übernahme des Krankenhauses für den Knappenschaftsverein an. In dieser Anordnung erhielten unsere Vorstandssäle einen unberichtigten Eingriff der Bergbehörde in die Rechte der Selbstverwaltung des Knappenschaftsverbandes und erhoben Beschwerde beim Minister. Der Minister wies jedoch die Beschwerde als "unbegründet" zurück und so blieb das Dierdorfer Krankenhaus im Besitz des Knappenschaftsvereins, trotzdem die Altesten gegen die Wachtung gestimmt hatten. Die Werksherrn erklärten auf das bestimmtste, daß sie mit dem heutigen Zustand brechen müßten, daß sie ihren Willen ebenfalls auch gegen die Altesten durchsetzen. Unter solchen Umständen hätten wir Prügel verdient, wenn wir uns noch weiter zwecklos gegen den Bau von Krankenhäusern gestimmt und damit alle Erfolge abgelehnt hätten. Durch die Ungriffe der Streikführer durften wir uns nicht betören lassen, um so weniger, als sie auch in dieser Frage Abwände spielen. In der Vorstandssitzung am 7. Januar 1902 haben — nach dem wiederholten Einigungsantrag des Herrn Karl Althäne, dem zweiten Vorsitzenden des "christlichen" Gewerbevereins — die "christlichen" Vorstandssäle Hessel, Köster, Schäfer I., Romberg, Winzen, Esser und Becker für den Bau der Knappenschaftskrankenhäuser in Neukendorf und Neukirchen gestimmt! Am Saarbrücker Knappenschaftsverein stimmten die "Christen" für den Bau des Knappenschaftskrankenhauses in Quierschied. Und warum auch nicht? Ist doch der Gewerbeverein konfessionell, politisch und religiös "neutral"!

Das war nicht gegen die konfessionellen Krankenhäuser gehandelt und geschah im Interesse der Knappenschaftsmitglieder, aber wenn unsere Altesten ihre Zustimmung dazu unter Umständen geben, die den Mitgliedern einen Vorteil von 1720 000 Mark bringen, dann handeln wir gegen die "Religion" und "Schädigten" die Mitglieder! Heuchler, Demagogen und Dummköpfe zugleich!

Die Anträge für die Erhöhung des Krankengeldes an solche Mitglieder, die zu Hause feiern, machen die Werksbesitzer abhängig von einer schärferen Krankenkontrolle und forderten sie zunächst die Errichtung von 80 Zahlbüros, die wir ablehnten. Dann forderten sie die Anstellung von 58 Kontrolluren, die wir ebenfalls ablehnten und erklärten, eher das ganze Knappenschaftsvereins das Recht der Krankenkontrolle einzuräumen, was ja längst geschehen und von den "Christen" eingeführt worden ist.

Wann eigentlich die "christlichen" Altesten die Mehrheit im Bochumer Knappenschaftsverein gehabt haben, das zu erfahren würde uns und sicherlich auch die Bergleute nicht wenig interessieren. Der Harlek in den "Bergknappen" scheint früher alle Altesten mit "christlich-nationalen" Augen angesehen zu haben, denn sonst könnte er doch nicht von einer "christlichen Mehrheit" schreiben, die niemals existierte. Richtig ist, daß 1898 der Zechenarbeiterverein mit den Gemäßigten eine Mehrheit bildete und damals ein verschlechtertes Statut mit den Gemäßigten gegen seine eigenen Altestenführer Kargmeppe und Becker annahm, seine eigenen Forderungen niederschrieb! Dieses Statut trat am 1. April 1898 in Kraft, und gab ihm der "Bergknappe" vom 8. April 1899 folgende Empfehlung mit auf den Weg:

"Wenn auch die Wünsche der Mitglieder... durch die neuen Satzungen nicht im entferntesten befriedigt werden sind, so müssen sie sich doch letzteren nun fügen, und dafür sorgen, daß sie schon in den Besitz dessen kommen, was ihnen die neuen Satzungen mehr als

bisher bieten. Ebenso werden die Mitglieder die Verschlechterungen der Verhältnisse, die uns die neuen Satzungen hin und wieder bieten, wohl über Abel mit in den Kauf nehmen müssen."

So urteilte der "Bergknappe" über das einzige Statut, das den "Christen" seine Annahme verdankt, und gerade dieses Statut war in Wirklichkeit noch viel schlechter, als wie der "Bergknappe" es schildert. Schon damals hätten die Verschlechterungen abgewehrt werden können, wenn die Altesten des Streikführerverbundes mit den Verbandsältesten gestimmt hätten. Sie stimmten aber mit den von ihnen mehrfach als Fechenreiche beschimpften Gemäßigten und schädigten die Knappenschaftsmitglieder schwer. Wollen die Knappenschaftsmitglieder sich in Zukunft vor weiterer Schädigung hüten, wollen sie an einer organischen Fortentwicklung des Knappenschaftswesens mit arbeiten helfen, dann hinein in den Verband, der nur allein Bergarbeiterinteressen vertreten und vertreten kann!

Um keine gelbe Legendenbildung

aufkommen zu lassen, erklären wir die Behauptung des "Werkevereins" vom 18. Oktober, wonach die Gelben die Brücke der Verständigung gebaut und schon im Vorauß hätten aussprechen können, daß die Aufbesserungen des Haushaldes, mindergestellt seien, anzustehen würden, mindestens als Halluzination, wenn nicht als groben Schwund. Richtig ist nur, daß eine gelbe Deputation im Verwaltungsgebäude antichambriert und mit dem Knappenschaftsdirektor getroffen hat, aber diese Deputation hat nicht den allermindesten Einfluß auf die Verhandlungen ausgeübt, und wie wenig die Gelben etwas hätten voraussagen können, erhebt am besten die Tatsache, daß die Verhandlungen bis zum 10. Oktober, am Tage vor der Generalversammlung, immer noch auf dem toten Punkt standen, und erst am 9. Oktober gaben die Werksherrn nach, womit die Annahme des Kompromisses noch keineswegs gesichert war. Dieser Beschluss wurde erst etwa 1 Stunde vor Beginn der Generalversammlung in unserer Altestenkongress gefaßt und könnten mithin die Gelben absolut garnicht wissen, auch gar nichts vorauslaggen, höchstens sich als wichtigstende Prahlhant lächerlich machen.

Interessant ist, wie sich die gänzlich weltfremden Gelben, die von gewerkschaftlicher Arbeit kein Verständnis haben, die Sitzung unserer Altesten erklären. So schreibt z. B. das Gelbe-organ, der "Werkeverein" vom 18. Oktober:

"Wenn man nämlich nach Gründen zu dem ganz außergewöhnlich schenenden Verhalten der sozialdemokratischen Altesten forscht, dann wird man sehr bald auf der richtigen Fährte sein, wenn man an die Versuche des christlichen Gewerbevereins denkt, mit den Molen eine Arbeitsgemeinschaft herzuführen. Wie unseres Lesers bekannt ist, sind ja diese Versuche schmähslich gescheitert. Der Alte Verband hat es mit Hohn und Spott von sich gewiesen, gemeinsame Sache mit dem Gewerbeverein zu machen. In dem scharfen Kampf, der zwischen den beiden Organisationen nun wieder entbrannt ist, kann die Generalversammlung des Allgemeinen Knappenschaftsvereins als eine entscheidende Schlacht angesehen werden, eine Schlacht, bei der der christliche Gewerbeverein sich eine ganz außergewöhnlich große Niederlage geholt hat.

Man bedenke nur: die neue Leitung des christlichen Gewerbevereins hat seit Wochen kein Mittel unversucht gelassen, um die verlorene Führung mit dem sozialdemokratischen Verband wieder herzustellen. Selbst auf die Gefahr hin, den letzten Rest von Achtung und Ansehen im Bürgertum preiszugeben und die bisher so wertvolle Förderung aus kirchlichen Kreisen statt zu versperren, schlug der Gewerbeverein urplötzlich die radikalste Tonart an und erfuhr dies zur tiefsten Selbsterniedrigung von den Sozialdemokraten die Einwilligung in eine Arbeitsgemeinschaft. Eine durchgreifende

Beiführung des Knappenschaftsstatus, so sagte man, sei das gemeinsame Ziel, das die beiden Organisationen zu gemeinsamem Kampf wieder zusammenführen müsse. Der sozialdemokratische Verband strafte den Gewerbeverein mit höhnender Verachtung. Und es war ein meisterhafter Schachzug, daß — den "Christlichen" gänzlich unerwartet — der Alte Verband in der Generalversammlung des Knappenschaftsvereins sich auf die Kompromitträge zurückzog, obwohl er ohnehin schon von vornherein mit seinen Anträgen ganz erheblich hinter denen des christlichen Gewerbevereins und der Polnischen Bergarbeiterverein zurückgestanden war."

Lage der Erzbergarbeiter im Lahn- und Dillkreise.

Entlang der Lahn und Dill — von Dillenburg, Wehrle bis Ems — erfreuen das Auge neben verfallenen Burgen prächtige Wälder, unrankte Höhen, anmutige Täler und auf Auhöhen liegende Ortschaften. Dieses Gebiet ist zweifellos eines der schönsten und romantischsten Deutschlands und jedem Naturfreund kommt hier unwillkürlich der Gedanke: Hier zu leben, zu arbeiten, kann nur ein Genuss sein. In den Feldern und Alleen findet man dann auch, vom frühen Morgen bis zur Neige des Tages, ein geschäftiges Völkchen, welches bemüht ist, einen Teil des Lebensunterhaltes dem Boden abzugewinnen. Durch das fortwährende Auftreten des Grund und Bodens geistig des Erbretts werden die Parzellen immer kleiner und die Gewinnung des Unterhalts wird in gleicher Weise erschwert. Die Landwirtschaft ist infolgedessen im Verlaufe der Jahrzehnte immer mehr zum Nebenerwerb geworden. Heute gehen Vater und Sohn zur Grube und graben Erz. Die bekannten Firmen Krupp, Thyssen, Buderus und andere Aktiengesellschaften finden hier billige und willige Arbeitskräfte. Die Arbeiter sind zu meist noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klasse gelangt, sondern sind noch überwiegend der Kleinbauern, die Interessen des Arbeitgebers sehr mit den ihrigen auf engstes verknüpft. Unter diesen Umständen kann man es verstehen, wenn die Unternehmer mit dem Bruder Bergmann nach Wehrle schalten und walten. In keinem Bergbaudistrikte Deutschlands stehen die Durchschnittslöhne so niedrig als im Lahn- und Dillkreise. Sehen wir uns die Löhne einmal an. Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft in den verschiedenen Bergrevieren:

	Wehrle	Dillenburg	Weilburg	Dill
Mr.	2,12	2,29	2,04	1,85
1893	1,82	2,30	1,77	1,74
1900	2,51	3,84	2,55	2,88
1905	2,45	3,05	2,47	2,62
1910	2,75	3,88	2,81	2,98
1912	3,10	3,80	2,87	3,18

Die Gesamtbelegschaftsziffer betrug im Jahre 1912: 8298; darunter befanden sich 351 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Within kommen als minder Entlohnte nur 4% Prozent der Gesamtbelegschaft in Frage; es sind also überwiegend erwachsene Arbeiter und Familienväter, welche mit vorstehenden Löhnen abgestuft werden. Schon von alters her haben die Unternehmer eine den Tenerungsverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung brüsk abgelehnt und zwar mit der fadenstechnischen Begründung, die Bergarbeiter verdienten noch nebenher in der Landwirtschaft. Wie Bergassessor Dr. Giesecke in seinem Buch: "Der Eisenbergbau und der Eisenhüttenbetrieb an der Lahn, Dill und in den benachbarten Revieren" ausführt, haben alle Arbeiter im letzten Vierteljahrhundert ihre Gesamtlage verbessert, dann aber heißt es weiter:

"Bei Betrachtung der sozialen Verhältnisse im Lahn- und Dillgebiet kann man jedoch nicht durchweg die Beisätzung dieser allgemeinen Beobachtung finden."

Diese Gefahren der elektrischen Lampen sind auch den Arbeitgebern und der Bergbehörde bekannt. Daher ist vom Bergbaulichen Verein ein Preis ausgeschrieben worden, nach dem derjenige 25 000 Mr. erhält, dem es gelingt, eine elektrische Lampe zu konstruieren, die die Schlagwettere Sicherheitslampe eine große Rolle.

Um Schlagwetter zu entzünden, ist eine Temperatur von 700 Grad nötig. Wenn nun Schlagwetter an der Benzinklampe brennen, so entzündet eine Hitze, die über 2000 Grad beträgt. Diese Flamme ist nur von einem Drahtgeflecht umgeben, das aus vielen Hunderten von kleinen Drahten besteht. Die Vergleichsverordnung schreibt vor, auf einem ganzen milzen sich 144 gleich große Leistungen befinden, ferner darf die Drahtspule nicht weniger als 0,3 und nicht mehr als 0,4 mm betragen. Sobald nun die Hitze diese Drahte berührt, leiten diese die Wärme auf die schnellste Weise fort und zwar in den Lampentopf und das Lampengefäß, die eine große Menge aufnehmen können. Dadurch wird sowiel Wärme verbraucht, daß auf der Außenseite des Korbes, die Hitze keine 700 Grad mehr beträgt, und infolgedessen sich die Schlagwetter nicht entzünden können. Der Schutz, den der Drahtkopf gewährt, dauert jedoch nur eine gewisse Zeit, denn je länger Schlagwetter in der Lampe brennen, um so wärmer werden der Drahtkopf und die anderen Teile der Lampe. Je wärmer diese aber sind, um so weniger Wärme können sie noch aufnehmen; nach einer gewissen Zeitspanne (gewöhnlich sind es 8–15 Minuten bei Anwesenheit von mehreren Prozenten Schlagwettern) wird der Kopf rotglühend. Dann hat er ungefähr eine Temperatur von 500 Grad. Nach einer weiteren Weile wird er orangeglühend und dann beträgt die Hitze mehr als 700 Grad. Nun erfolgt auch die Explosion des Schlagwetters außerhalb des Korbes. Aus diesem Umstände erklärt sich auch die Tatsache, daß die Bergleute immer wieder eingeprägt wird, niemals unbewußt eine brennende Lampe hängen zu lassen oder gar zu vergessen, denn jede Lampe, die hängen bleibt, muß zur Explosion führen, wenn Schlagwetter vorhanden ist.

Diese elektrischen Sicherheitslampen zeigen die Ausweisenheit von Schlagwettern überhaupt nicht an. Sie sind nur insoweit schlagwetterfester, als sie keine Entzündung der Gas veranlassen. Aber um ja gefährlicher sind sie, weil sie die Bergleute bei Anwesenheit von Schlagwettern nicht im geringsten warnen. Sind z. B. malte Wetter vorhanden, d. h. Wetter, die zu wenig Sauerstoff führen, so reißt die Benzinklampe aus Mangel an Sauerstoff noch schneller als der Bergmann gefährlich Altemotiv verpufft. Aus diesem Verhalten erkennt der Bergmann, daß es die höchste Zeit ist, zu flüchten. Die elektrische Lampe dagegen brennt ruhig weiter und der Mensch erstickt in vielen Fällen, da er nicht gewarnt worden ist. Besonders bedrohlich wird diese Gefahr an Stellen, wo die Gase besonders stark und gleichmäßig austreten. Das ist in manchen Holzhallen zu sehen. Hier gibt es Stellen, wo das Auftreten der Schlagwetter so lebhaft erfolgt, daß es sich anhäuft, als tausende Hunderte und Tausende von Zähnen alteren Zahngänse der Rheinlande daneben sehr wertmäßige längst vom Erdboden verschwundene Pflanzen gestalten; die Nutzgewächse enthalten, wie dort verarbeitet, Schlangenförmig gewundene, aber auch seltsame, rautenförmig gedrehte Erziehung, aus den Gattungen der Chondriten, Selaginella, Sphagnum und Ascophyllum. Mit ihnen wechselte man anfangs auch jene Halbsorten, nach denen eine ganze Schichtenreihe der Grauwacke genannt ist. Professor Pohl hat jedoch im neuesten Monat der deutschen geologischen Gesellschaft gezeigt, daß es sich hier um Reste einer höheren, unseres Schlagwettern oder Bärappetäpfchen der heutigen Eifel verwandten Pflanze handelt; sie bewohnte ursprünglich das Land, das sich nachträglich dem Leben auf den Zahngänzen des Salzwassers angepaßt, wie späterhin die Seegräser und andere. Das Meer selbst ist nie instande gewesen, im Pflanzengesetz höher entwickelte Gestalten zu erzeugen, als die Alniden, die heute auf den Floridsdorfern und sonst die Wälder der See bilden. Die Halbsorten haben an der Eifelholzbildung sehr starke Anteil; es sind vielfach verzweigte Geistale mit spiralförmig eingewickelten, die Steinfrüchten tragenden Endigungen, auf kriechenden Stämmchen aufgewachsen, die nach Art der karibischen Siegelnäste haben förmige Blattblättchen auf regelmäßige angeordnete Narben tragen. Die beiden Arten sind bei Gräfenthal, Bonn, Ehrenbreitstein und bei dem von Oppenheimischen Staubhügel zu Neunkirchen bei Darmstadt gefunden worden; an vielen Stellen in der Eifel und sonst liegt die Art mit einer reichhaltigen Gesellschaft von Meerestierresten zusammen.

Rheinische Seetangbänke und Korallenrisse.

Dem Wandervogel, der dem Laufe des romantischen Stromes und namentlich seinen lieblichen Seitentälern folgt, fallen im Schutt am Fuße der Hänge mitunter Seetangstufen auf, die deutliche Abdrücke von Pflanzengezeig, nicht selten in dicker Menge, enthalten. Die Vergleiche der alten Zeit, und selbst noch manche der neuern, gingen solchen Spuren nach und hielten sie, nach dem Muster der Steinkohleschichten, für Anzeichen des Vorkommen nutzbarer Brennstoffe; um so mehr, als sich tatsächlich an zahlreichen Orten die massenhaft angesammelten pflanzlichen Überbleibsel zu schwachen, schwarzen Abändern verdichtet fanden. Indes, alle Versuche, sie auszubauen, sind schließlich schließen lassen, und deren waren nicht wenige; auf unseren alten Bergrevieren findet man eine Menge solcher "Schürfungen" auf "Steintohle" im Gebiet der niederrheinischen Grauwackeschichten eingezeichnet, und ich habe als Gutachter noch in den letzten Jahrzehnten mehrere Male die wenig angenehme Verpflichtung gehabt, unternehmende Großstädter vor solchen "Bergwerken" zu warnen. Es ist das die sogenannte "Eiselfalte", die also vollständig leicht gar keinen Wert hat, da die Flöze zu schwach sind und einen viel zu geringen Gehalt an reinem Kohlenstoff haben. Um so anziehender degegen sind diese Ablagerungen in erdigemischer Hinsicht, denn die sohligen Massen und ihre Pflanzenabdrücke stammen von Bewohnern des Meeres her, nicht wie in unserem Braunkohlen- und allen anderen Revieren, von solchen des Landes. Es ist einer der seltenen Fälle, daß auch einmal Meeresspuren zu massenhaften, zu kleinen Kohlenbildungsfähigkeiten führende Ablagerungen veruracht haben. Außer unseren Eiselflözen gibt es nur noch ein einziges bekanntes Beispiel dieser Art; das sind die alten Eiselflözen an den nördlichen und südlichen Ufern der Alpen, die ebenso wenig abbauwürdig sind.

Hier wie dort sind es ausschließlich Meeresspuren gewesen, aus deren Massen die Flöze entstanden sind. Aber während im Küstengewässer des ehemaligen Alpenrindens nur Seetang von den Arten der heutigen noch lebenden wuchsen, trugen die Devonischen, um ungezählte Millionen von Jahren älteren Zahngänse der Rheinlande daneben sehr wertmäßige längst vom Erdboden verschwundene Pflanzen, die Nutzgewächse enthalten, wie dort verarbeitet, Schlangenförmig gewundene, aber auch seltsame, rautenförmig gedrehte Erziehung, aus den Gattungen der Chondriten, Selaginella, Sphagnum und Ascophyllum. Mit ihnen wechselte man anfangs auch jene Halbsorten, nach denen eine ganze Schichtenreihe der Grauwacke genannt ist. Professor Pohl hat jedoch im neuesten Monat der deutschen geologischen Gesellschaft gezeigt, daß es sich hier um Reste einer höheren, unseres Schlagwettern oder Bärappetäpfchen der heutigen Eifel verwandten Pflanze handelt; sie bewohnte ursprünglich das Land, das sich nachträglich dem Leben auf den Zahngänzen des Salzwassers angepaßt, wie späterhin die Seegräser und andere. Das Meer selbst ist nie instande gewesen, im Pflanzengesetz höher entwickelte Gestalten zu erzeugen, als die Alniden, die heute auf den Floridsdorfern und sonst die Wälder der See bilden. Die Halbsorten haben an der Eifelholzbildung sehr starke Anteil; es sind vielfach verzweigte Geistale mit spiralförmig eingewickelten, die Steinfrüchten tragenden Endigungen, auf kriechenden Stämmchen aufgewachsen, die nach Art der karibischen Siegelnäste haben förmige Blattblättchen auf regelmäßig angeordnete Narben tragen. Die beiden Arten sind bei Gräfenthal, Bonn, Ehrenbreitstein und bei dem von Oppenheimischen Staubhügel zu Neunkirchen bei Darmstadt gefunden worden; an vielen Stellen in der Eifel und sonst liegt die Art mit einer reichhaltigen Gesellschaft von Meerestierresten zusammen.

Die Sicherheitslampe.

Die treue Begleiterin des Steinholzbergmannes in Schlagwetterzeiten ist die Sicherheitslampe. Sie ermöglicht es ihm, in die Grubenbaue hineinzugehen, ohne fürchten zu müssen, daß sich die folgenden Wetter entzünden. An der Benzinklampe kann der Bergmann weiter erkennen, ob und wieviel Grubengas darin enthalten sind. Bei der Verbrennung der Gase an den Steinkohlen ist die Sicherheitslampe die Schlagwetter-Sicherheitslampe.

Wohl so mancher mag sich schon gefragt haben, wie es möglich ist, daß die Sicherheitslampe die Schlagwetter im Lampenfach entzündet, aber die Gase außerhalb des Körbes nicht zur Explosion bringt. Die Ursache liegt in der Wärmeleitung der Metalle. Diese haben die Eigenschaft, die Wärme außerordentlich schnell fortzuleiten. Am besten kann man diese Eigenschaft an einigen Beispielen erklären. Ein ziemlich bekanntes ist das folgende: In den meisten Wirtschaften sind die Thüren zur Hölle mit Blech befestigt. Wenn nun Steinkohlen getragen werden, behauptet manchmal der eine Gast, sein Steinkohler sei besser als der des anderen, denn seiner brenne, während der andere das nicht tut. Wird nun die Probe gemacht, so findet man, daß jeder fallen lassen muß. Wenn man bedenkt, daß man ein Streichholz in den Fingergriffen halten kann, bis die Flamme fast die Finger erreicht hat, der angewärmte Taler jedoch die Flamme verbrennt, so sieht man auch ein, daß ein ganz gewaltiger Unterschied in der Wärmeleitung zwischen Holz und Silber vorliegt.

Ein ähnliches Beispiel ist das folgende: In den meisten Wirtschaften sind die Thüren zur Hölle mit Blech befestigt. Wenn nun Steinkohlen getragen werden, behauptet manchmal der eine Gast, sein Steinkohler sei besser als der des anderen, denn seiner brenne, während der andere das nicht tut. Wird nun die Probe gemacht, so findet man, daß der Steinkohler viel heißer ist. Beide gegenübergestellten Wärmeleiter sind entzündet, es doch den Jüngern nicht. Wärme, als Wärme und Papier. Die Wärmeleitung wird so stark, daß ganz unmöglich bald der eine bald der andere Fuß in die Höhe gehoben wird, um den Wärmeberluß aufzutreiben.

Die Löhne reichen zum Lebensunterhalte bei weitem nicht aus, der Lahn- und Till-Bergmann ist auf den Erwerb der Landwirtschaft angewiesen, das erkennt auch Dr. Einecke an, indem er schreibt:

Erst dieser Ertrag (gemeint ist der aus der Landwirtschaft) ermöglicht ihm zusammen mit seinem Arbeitsverdienst ein gutes (?) Auskommen.

Eine feststehende Tatsache ist es, daß ein sehr großer Teil der Kameraden kein „kleines Wohnhaus“ und auch kein „bescheidenes Stück Ackerland“ besitzen. Diese haben keinen Nebenerwerb und gehen darum einer langsamem Degeneration entgegen.

Eine weitere Folge der schlechten Entlohnung ist, daß die Geduldigen und im jüngeren Alter stehenden Kameraden diesem Gebiete den Rücken kehren und in naheliegenden Siegerland lohnendere Beschäftigung suchen. Schon öfters ist die Klage, daß es an einem kräftigen und ausgebildeten Nachwuchs fehle, im Unternehmerlager laut geworden. Den Nabel aber abzuhelfen durch Zahlung von besseren Löhnen, fällt dem mit sozialer Blindheit geschlagenen Unternehmertum nicht ein. Nur die Freiheitigkeit der Kameraden möglichst einzuschränken, bestehen Ver einbarungen zwischen den verschiedenen Firmen, nach welchen erst Einstellung erfolgen kann, wenn zwischen Abfahrt und Annahme eine Frist von drei Monaten liegt. Diese rigorose Maschine bewirkt dann auch eine vollständige Auslieferung der so schon rechtlosen Knappen an das Herrenmeischtum. Die Behandlung ist auf den meisten Gruben unter aller Kritik und bei dem geringsten Einspruch heißt es: „Wenn es nicht wahr, der kann ja gehen!“ Ebenso selbstherlich verfährt man bei der Gedingezeitung. Wir sind in der Lage, eine Menge Fälle nachzuweisen, wo die Beamten unter Androhung der sofortigen Entlassung die Unterschriften für die Gedinge erprechen. In den eigenartigen Verhältnissen liegt es begründet, daß der aufgespeicherte Groß noch nicht zu einem Massenausstand geführt hat. Obwohl das im Jahre 1909 erlassene Arbeiterausschuss- und Sicherheitsmännergebot für den überwiegenden Teil der Bergarbeiter keine durchgreifenden Verbesserungen gebracht hat, wäre es doch zu begrüßen, wenn die Anwendung derselben für alle hiesigen Gruben in Frage käme. Die weitansgrößere Anzahl der Gruben haben eine solche Vertretung nicht, weil ihnen die vorgeschriebene Zahl von 100 Betriebsmitgliedern fehlt. Wie die Dinge liegen, ist der Einzelne daran angewiesen, etwaige Beschwerden oder Missstände — und an diesen mangelt es nicht — vorzubringen. Unter den obwaltenden Umständen aber sagt er sich der Gefahr aus, den Betrieb bald von außen besehen zu können. Wir wollen aber auch nicht unterlassen, auf die so viel gepriesene „gute“ Seite des Unternehmertums hinzuweisen, nämlich auf die so gelobten „Wohlfahrtseinrichtungen“. Da sind es denn die Firmen Krupp und Buderus, welche besonders in diesem Artikel machen. Alle vier hier in Frage kommenden Bergäste berichten in mehr oder minder über schwänglicher Weise von diesen Einrichtungen. Herr Bergäste Pölster in Weilburg, dessen Jahresbericht nur knapp 33 Seiten umfaßt, widmet davon allein 12 Seiten den „Wohlfahrtseinrichtungen“. Die „Römisches Volkszeitung“ (Nr. 128, 1912) fasste ein Urteil über die Wohlfahrtseinrichtungen, worin es unter anderem heißt:

„Die Arbeitgeber rühmen sich ihrer Freigiebigkeit gegen die gebundenen und entrichteten Arbeiter und das Leben derselben sonst immer tiefer. Diese erniedrigte und überarbeitete seit Generationen an diesen Gruben gesetzte Bevölkerung... gilt als minderwertig gegenüber denjenigen der anderen Bergbaugebiete...“

Dieses Urteil galt nicht den Erzbergarbeitern des Lahn- und Tillkreises, aber es trifft Wort auf die hiesigen Verhältnisse zu. Ist es nicht eine Verhöhnung der Arbeiter, wenn man sie mit Monatslöhnen von 40 und 50 Mark nach Hause schickt und ihnen dann Spareinrichtungen auf dem Berge schafft? Hohe Lebensmittelpreise, Hungerschäne, Spareinrichtungen — hier steht die Welt auf dem Kopf! Hohe Lebensmittelpreise — auf dem Lande? wird da mancher fragen. Doch greifen wir

Das Wichtigste an der Sache ist wohl die Art und Weise, wie uns diese Bärte über die älteste Erhebung der Rheinländer, zunächst Insel, über den Spiegel des devonischen Weltmeers belehren. In der See können Pflanzen nur da gediehen, wo sie das unentbehrliche Licht haben, also in flachem Wasser, an der Küste oder auf seichten Stufen des hohen Meeres, daher zeigen uns die Grauwackenschichten mit Tangresten und Algenresten genau alle die Stellen an, wo die Erhebung der rheinischen Schieferinsel zuerst begann, während an den tieferen Stellen nur Tiere, keine Pflanzenteile sich anzunehmen konnten. Es müssen aber auch schon vorübergehend Versuche wissenschaftlicher Inselsiedlungen stattgefunden haben, sonst hätten sich nicht Pflanzen zu unerreichbaren Halbinseln anpassen können.

Das Eintreten dauernder Inselsiedlung des Rheinlandes wird uns dagegen durch die Entstehung der dortigen Korallen- und Polypensäume während des mitteldevonischen Zeitalters angezeigt. Diese kleinen „Pflanzeninseln“, die Kalk in so ungewöhnlichem Verhältnis zu ihrer Körpergröße aus dem Meeress Wasser ausscheiden, gediehen noch heute am üppigsten in den heißen Sumpfstrichen des Parisischen und Altfranzösischen Ozeans, besonders aber in so ruhigen Befesten wie dem Roten Meer; letzteres ist bei den Sammlern durch seinen Reichtum an Korallenarten am meisten berühmt. Außerdem können auch diese Wesen nur in seichten Wässern gediehen; Darwin hat darauf ein wichtiges Gesetz des Krebsbodens begründet, indem er nachwies, daß leichter offenbar sich abwärts bewegen, wo die Korallen gezogen sind, nach oben zu bauen, also Riffe zu bilden; während natürlich da, wo letztere als Inseln über dem Spiegel erscheinen, der Seegrund in Ruhe begriffen ist.

Nun, eine Art von „Rotem Meer“ in kleinem Maßstab hat es vor sehr vielen Millionen von Jahren, nicht allzu lange nach der Abseigerung der unterdevonischen Eisschichten in der Gravitate, auch im Rheinland gegeben. Nachdem diese vollständig auf dem seichten Meeresboden abgesetzt und schon größtenteils als rheinische, flache Schieferinsel über den Spiegel gehoben war, wurde letztere noch durch eine langgestreckte Meerenge in zwei große Hälften geteilt; eine Wasserstraße, die aus der Gegend von Trier nordwärts in der Richtung nach Düren und von da östnordöstlich über Köln in das Bergische hineinführte. In diesem warmen, stillen und nicht sehr tiefen Gewässer lagerte sich, durch Vermittelung einer äußerst üppig gediegenden Tierwelt, Kalkstein in mächtigen Schichten ab, und jetzt hat: ohne weiteres durch die Lebensfähigkeit ungeheuerer Mengen von Korallen und Polypen. Die Kalkmassen sind heute nicht mehr im Zusammenhang erhalten, sondern durch Erosionen und Verstörungen später in viele größere und kleinere Mulden zerrißt worden, wie diejenigen von Goslar, Blankenheim und Bergisch Gladbach. Wenn man jetzt nahe östlich von letzterer Stadt den großen Grottensteinbruch im „Bügel“ besucht — ein auch landschaftlich eindrucksvoller Spaziergang —, dann sieht man dort malerische Felswände aufragen, die in einem solchen Korallen- und Polypensäume der mitteldevonischen Meereszeit ausgehauen sind. Das Kalkstein erscheint hier dem Untersuchten wie ein Aufbau von Pflanzeninseln; in Wirklichkeit sind es jedoch Millionen übereinandergebaute „Nasen“ von „Pflanzeninseln“, die seinerzeit den festen Grund unmittelbar für den Aufbau ihrer Hartteile aus dem Salzwasser ausgeschieden haben. Dabei sind ihre Narben von sonstigen Tieren der Meere in dem Polypensäume eingeebnet worden; die faustgroßen, zweischaligen „Eulenkopfe“ der Arbeiterleute, die gezeichneten Hakenschäler, und ganz prächtige Sandengelköpfe von fremdartigen Gestalten, durch welche die Gegend einen wissenschaftlichen Wert erlangt hat.

Die rheinischen Gesteinsbanken haben übrigens Altersgenossen mit gleichen Pflanzenarten in Thüringen, Böhmen, England und Nordamerika; es sind die letzten ausgedehnten Belege eines großen Zeitalters in botanischer Hinsicht, aus den fränkischen Gebieten, da der ganze Erdball noch von flachem Meerwasser mit Zukunftsinhalt umspannt war, Teile und größere Inseln noch nicht gebildet hatten und es höhere Pflanzliche Wesen als *Sectaria* ebenfalls noch nicht gab.

aufs Gerodewohl ein Dorf an der Lahn heraus und vergleichen die dortigen Preise mit denen einer Industriestadt. Es kostete:

		In Elberhausen 2. In Essen (Muhr)
1 Pfd. Rindfleisch	0,90 Pf.	0,90 Pf.
1 " Schweinefleisch	0,90	0,90
1 " Kalbfleisch	1,00	1,00
1 " Speck	1,00	1,00
1 " Naturbutter	1,20	1,30
1 " Eibsen	0,25	0,18
1 " Bohnen	0,22	0,18
1 " Linsen	0,24	0,18
1 " Zwiebel	0,20	0,20
1 " Kaffee (Mittelsorten)	1,80	1,50
1 " Reis	0,20	0,20
1 " Salz (groß)	0,10	0,10
1 " Salz (fein)	0,11	0,10
1 Liter Petroleum	0,22	0,21
1 " Spießsalz	0,90	0,82
1 " Salatöl	1,20	1,25
1 " Süßöl	0,78	0,74
1 " Wein Essig	0,40	0,30
1 Dfd. Eier	1,10	1,30

Summa 12,57 Pf. 12,54 Pf.

Wir sehen also, daß gerade die gebräuchlichsten Nahrungs mittel auf dem Lande noch teurer sind als in der Industrie gegend. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ machte in einem Leitartikel (Nr. 264 vom 9. Nov. 1912) folgende Feststellung: „Die Preise für alle Lebensbedürfnisse sind heute bis 100 Prozent höher als vor 15 Jahren.“ Die Löhne sind hier im Revier auch nicht annähernd in gleichem Maße gestiegen. Im Jahre 1900 betrug der Durchschnittslohn 2,69 Pf. 1912: 3,18 Pf. in den vier hier in Frage kommenden Bergrevieren. Innerhalb 12 Jahren sind demnach die Löhne pro Schicht nur um 0,51 Pf. oder um 19 Prozent gestiegen. Durch dieses Mizverhältnis nimmt die Kaufkraft ständig ab, Handel und Wandel werden schwer beeinträchtigt und die Arbeiter gezwungen, zu Surrogaten und minder guten Nahrungs mitteln ihre Zufriedenheit zu nehmen. Das geht auch aus den beweglichen Angaben der Handelskammerberichte für die Reviere Siegen, Dillenburg, Diez und Weilburg hervor. In dem Bronchenbericht für Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände heißt es:

(1909) „Heute... kann festgestellt werden, daß für viele Artikel Minderertrag, Nebengang zu billigeren Märkten, Ertrag durch Surrogate, die dauernde nachteilige Folge sein wird.“ (1910) „Auch für viele soziale hierher gehörige Produkte sind Verbrauchsbeschränkungen, die mit der Preisaufgabe für Fleisch zusammenhängen, zu beklagen. Nur die Lebensmittel, die als Erstes für Fleisch angepriesen werden können, wie Heringe, saftige Fischwaren, Räucherfisch usw., erreichen sich lebhafteren Zuspruchs.“ (1912) „Die Tendenz der wichtigsten Nahrungsmitte ist für minder wichtige oft genug nicht genügend Mittel für...“

Hier wird also dokumentiert, daß die Lebenshaltung heruntergeht und somit auch der Gesundheitszustand leidet muss. Was will angelichtet die Feststellung, das monoton immer wiederkehrende: „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war im Berichtsjahr im allgemeinen ein guter“ in den Berichten der Herren Bergäste bringen? Verblüffend denn die Herren Zeigt am die Augen für das, was in ihren Inspektionsbezirken vor sich geht? Wiederholte haben in den letzten Jahren die Unternehmer die Erzeuger erhöht, und der Absatz ist gut. Die Arbeiter haben aber trotz gestiegener Leistung von diesem guten Geschäftsgang so gut wie gar keinen Vorteil gehabt. Abgespielt hat man die Arbeiter mit Klagen über den unrentablen Zubau zu erfordernden Erzbergbau und dieses Märchen ist so anhaltend verbreitet worden, daß selbst Beamte überrascht sind, wenn man ihnen das Gegenteil nachweist.

Im Jahre 1905 betrug die Gesamtförderung im Lahn- und Tillkreis 1.021.606 Tonnen. Der Preis pro Tonne betrug

14,10 Pf., die Selbstkosten beliefen sich nach Dr. Einecke durchschnittlich auf 8,54 Pf. 1.021.606 × 14,10 Pf. = 14.404.644 Pf. Das ist die Roheinnahme. Die Selbstkosten betragen 1.021.606 × 8,54 Pf. = 8.724.515 Pf. Nicht man die Summe vom Rohgewinn ab, so bleibt ein Reingewinn von 5.680.129 Pf. Die Zahl der Arbeiter betrug 1905 6861, auf jeden Arbeiter entfiel somit ein Reingewinn von 828 Pf. Dr. Einecke gibt einen Reingewinn von 8.147.536 Pf. an; er muß danach die Selbstkosten um 2,40 Pf. pro Tonne zu hoch berechnet haben. Bei einem Gesamtreingewinn von 8.147.536 Pf. im Jahre 1905 entfielen auf jeden Arbeiter 1.188 Pf. Das sind geradezu glänzende Ueberbrüder für die Kräfte an der Lahn und Till und nicht eine „Upmann“ brauchen sie sich abzuziehen, wenn sie die Löhne ihrer Arbeiter entsprechend aufzubessern.

Welcher gewaltige Mehrwert den Unternehmern zufliest, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung für das Bergrevier Weilburg:

	1908	1910	1912
Zahl der Werte	68	48	38
Zahl der Arbeiter	2118	1821	1439
Produktion überhaupt (To.)	308.180	313.314	280.777
Produktion pro Arbeiter (To.)	1,46	1,72	1,95
Wert der Produktion	2.784.880	2.614.767	2.480.757
pro Arbeiter (Mark)	1.301	1.435	1.724
Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht (Mark)	2,81	2,81	2,87

Die Leistung des einzelnen Arbeiters ist demnach innerhalb vier Jahren von 146 auf 195 To. oder um 34 Prozent gestiegen. Der Wert der Produktion pro Arbeiter stieg in gleicher Zeitraume von 1361 auf 1724 Pf. oder 363 Pf. gleich 27 Prozent. Den guten Triebe des Herzogs folgend, erhöhten die Unternehmer die Löhne um joge und schreibt 6 Pf. (sechs Pfennige) oder 2 Prozent! Wo bleibt da die Logik von denjenigen Leuten, die da immer sagen: Wenn der Unternehmer verdient, dann verdient auch der Arbeiter? Aus innern Darlegungen geht klar und klar hervor, daß die Voraussetzungen für eine bessere Lohnzahlung gegeben sind, wenn die Unternehmer nur den guten Willen dazu hätten. Das Gerude von dem unrentablen Erzbergbau an der Lahn soll nur die Leistungsfähigkeit irreversibel. Obwohl durch niedrige Gedingeäße die Arbeitskraft des Einzelnen aufs höchste angepaßt ist, erlaubt sich Dr. Einecke zu schreiben: „Er (der Erzbergarbeiter) bietet dem Unternehmer daher nicht seine volle Arbeitskraft.“ Weiter redet er auch von einem genügsamen Arbeiten. Aus vorstehenden einwandfreien Zahlenmaterialien ergibt sich aber das gerade Gegenteil. Dr. Einecke ist danach recht schlecht orientiert. Wenn Grubenbeamte die Arbeiter als Faulenzer bezeichnen, kann man das ihrer mangelnden Bildung zuschreiben. Von einem Doctor aber muß man erwarten, daß er sich erst eingehend informiert, bevor er einen ganzen Stand fleißiger Arbeiter derart in Mikrokredit bringt. Das aber ist nicht geschehen! Hoffentlich tut Herr Dr. Einecke das, was man in solchen Fällen von jedem anständigen Menschen erwartet.

Wir haben schon angeführt, daß Sicherheitsmänner auf den wenigen Gruben sind; die Grubenbesitzer wachsen mit außerordentlicher Sorgfalt darüber, daß möglichst alle Schächte anlagen zu selbständigen Betrieben gestellt werden und damit die Zahl der Belegschaft unter 100 bleibt, so daß ein Sicherheitsmann oder Arbeiterausschuss nicht gewählt zu werden braucht. Den wenigen vorhandenen Sicherheitsmännern aber fehlt das stärkende Rückgrat, die Organisationen, die Mithilfe, die gegenüber den

sich breit machenden Mißländen. Auf alle Mißlände einzugehen, würde zu weit führen. Mannschaftsbänder kennt man im Lahn- oder Tillkreis überhaupt nicht. Selbst die Eisenbahnen verwaltungen haben schon Protest erhoben gegen die Beförderung des „schwierigen“ Knappes. Hilfe ist nicht geschaffen, denn Mannschaftsbänder kosten den Unternehmer Geld. Die vorherrschende Verfassung, daß den Arbeitern die Bewegung verehrt wird. Auch versteht man es ausgesetzt, den so schon niedrigen Lohn durch Geldstrafen zu fürzen. Die Beförderung ist ein besonderes Schmerzstück des Erzbergbaues, und was hier gefürchtet wird, geht auf keine Rücksicht. Nur die wenigsten Gruben haben eine einwandfrei den Vorschriften entsprechende Verbesserung. Schon mehrfach waren wir gezwungen, die Bergbehörde auf diese groben Verstöße aufmerksam zu machen, aber geholfen hat es bitterwenig. Noch vor kurzem mützen wir über das Verhalten eines Bergrevierbeamten bei der Maßregelung eines Kameraden öffentlich Beifahrer föhren. Der Kamerad stand nämlich im Verdacht, der Bezirksteilung unseres Verbandes über gesundheitsschädliche Bauten Mitteilung gemacht zu haben. Das Verhältnis zwischen Bergbehörde und Grubenverwaltungen steht so weit, daß letztere tagelang vorher Bescheid wissen, wann der Revierbeamte zur Anspitzierung kommt. Es wird damit auch erklärlich, daß die Zahl der Unglücksfälle im Lahn- und Tillkreis eine hohe ist und zwar eine höhere als in dem nächstliegenden Bergrevier Siegen. So betrug im Jahre 1912:

	Zahl	Unglücksfälle
Revier	der Arbeiter	überhaupt in Prozent
Siegen	3096	153
Dillenburg	2538	142
Diez	2288	137
Weilburg	1518	144
Weilar	1566	203

Die Reviere Dillenburg, Diez, Weilburg

Arbeitsordnung ablehnen und die Fesseln der Wisskührherrschaft zu sprengen versuchen. Dann soll der Staat Maschinen gewehre auffahren. Polizei und Militär auf die Arbeiter loslassen, mit sie in das alte Reich des "soveränen Herrenwillens" zurückzutreiben!

Ein wahrhaft trostloses Bild entwirft Hu e über die hammervollen Bergarbeiterverhältnisse, die um jene Zeit in Oberschlesien geherrscht haben, und dieses Kammerbild der Schlesischen Zeitung aus jenen Tagen zitiert. Diese Zeitung hat von jeher für "Thron und Astar", oder mit anderen Worten: für den heiligen Prolet gestritten und steht heute mit der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung" so ähnlich auf einem Standpunkt. Sicherlich versteht sich Hu e auf Berg- und Regierungsräte und führt mit Recht diese Zeugen ins Feld, denen sicherlich niemand "Vereinigungseinheit" für die Arbeiter nachsagen kann und von denen niemand behaupten wird, sie hätten aus Unmündigkeit gegen die hochadeligen Grubenbesitzer übertrieben oder grau in grau gemacht. Die Löwen bewegten sich in den fünfzig Jahren des vorjigen Jahrhunderts auf den Gebietzeichen zwischen 6 bis 10 Silbergroschen, „dann Verhüner zu viel und zum Satt werden zu wenig“, besonders, wenn der Arbeiter noch eine große Kinderzahl hat, wie das meistens der Fall ist“, sagt ein Bericht, während der Eisbach das doppelte zählte. Die Folgen dieser Hungersöhne bewirkten, daß unter der Arbeiterschaft der Hungersöhnchen fast der Gaste blieb, während die Grubenbesitzer ungemein schnell Millionäre wurden, trotz einer schwenderischen Lebensweise. Die Wohnungsverhältnisse, die noch heute ein Dorn auf unsere Kultur sind, spotteten jeder Beschreibung und verursachten eine ungemeine Sittenverrohung. In elenden Lehmkütteln, in Höhlen, zu schlecht für herrschaftliche Hundeställe, hausten die Knappen, zahlreiche Familien mit Kostgängern oft in einem Raum! Dadurch wurden die Leute gegen alles abgetrimmt und fristeten ihr armeliges Dasein in apathischer Resignation. Sie hatten den Glauben an den "Erlöser" vollständig verloren, trotzdem sie streng katholisch waren und wahrscheinlich viel beteten. Regierungsschöpfer Solger schildert sie u. a. wie folgt:

„Der hervorstechendste Charakterzug dieses Volkes ist der Leichtsinn, vermöge dessen es, unbekümmert um die Zukunft, in den Tag hineinsieht, verbunden mit der den Leichtsinn gewöhnlich begleitenden Gutmäßigkeit. Völlig und rachäugig ist es nicht. Es gleicht unartigen Kindern und bedarf in allen Lebenslagen einer fügsamen Vormundlichkeit. Die grösste Masse des Volkes, der Arbeiterstaub, ist arm, bei seiner Armut aber auch äusserst genügsam. Es ist zufrieden, wenn er sich einigermaßen füttern kann, und möcht sich jahraus jahrein mit Kur und Kartoffeln. Erst in neuer Zeit gehört Brod an den gewöhnlichen Nahrungsmittel. Die Kinder laufen im Sommer höchstens mit einem schmutzigen Hemde, im Winter mit wenig mehr bekleidet, unterm und gewöhnlich auch schon frühzeitig am Ertragen von Kälte und Rasse. Es ist erstaunlich, was die Leute in dieser Beziehung, namentlich bei der täglichen Ernährung, aushalten.“

Von den schauerlichen Schilderungen der "Schlesischen Ztg." über das Elend der oberschlesischen Bergarbeiter wollen wir nur eine hier wiedergegeben (unsere Kameraden finden die anderen in dem Buch, das jeder sich anschaffen sollte), und diese lautet:

„Sie (die Bergarbeiter) lehrten ihren Kindern das Betteln, ausweilen auch das Stehlen. Bettelnde Kinder sind dem Menschenfeind ein Greuel, werden als ein Reichen fauler Zustand in Italien gespottet; sollen wir ihnen vielleicht den Spitznamen Überitalien verbannt? Was jenen das wilde Klima ist, wird den unsrigen erst durch Binkhütterwälzen und Schlafendenhafen. Wie warm sind sie da gebettet, wie flüss ihr Schlummer, wie saust ihr Tod, wenn vom Kohlengas erschläft sie dort verbrennen (!). Doch nein, verheunen sollten sie nicht, mit Strenge werben sie von diesen gefährlichen Schlafstellen hinweggetrieben, um im Winter an einer Wohntür seit einer kurzen Reihe von Jahren vier bekannt geworden sind doch, wie wohl ist diesen Unglücksfällen! Als ich einst bei einer aus einem Altenhauses Sieben haltenden Schar von etwa acht kleinen Bagatellen von fünf bis zwölf Jahren auch einen mir bekannten Knaben im Alter von neun Jahren, bereits ein arger Dangenhals, er, mög den bereits Unterbeckerischen nicht erwischen lassen? Er erwachte. Aber im nächsten Winter ist er verhungert.“

Nach dem Stil zu urteilen, war der Verfasser dieses Berichtes ein Geistlicher, der, von dem Anblick dieses grauenhaften Elends angetrieben, in die Öffentlichkeit flüchtete. Aber seine Schilderung machte an jenen Stellen, die allein die Schuld an diesen skandalösen Zuständen trugen, nicht den allermindesten Eindruck, und die Behörden idhnen Wachs in den Ohren zu haben, denn auch sie hörten nichts von diesen Klagen. Die "allerchristlichsten" Werksbesitzer, wie August Brünig später die oberchristlichen Grubenmagnaten nannte, behandelten ihre "freien" Arbeiter nicht anders, wie die Patrizier im alten Rom ihre Sklaven, und sie begnügten sich keineswegs mit der bis dahin schon augerichteten Verwüstung und Zerstörung der männlichen Arbeitskräfte, sondern sie zwangen auch wenige Jahre später die Frauen und Männer hinein in den Schacht, bis schließlich die Bergbehörde eingreifen mußte und die unterirdische Frauenarbeit unterlagte. Gegen dieses Verbot erhoben die guten "Patrioten" und "Christen" sogar Einpruch und bestimmen die „Jüdichen, sentimental en Humaniatätsgründe“ und die Hinweise auf die Moralität. Möge der Arbeitervater physisch und moralisch zugrunde gehen, wenn der heilige Prolet nur keinen Schaden leidet!

In Niederschlesien waren die Verhältnisse um jene Zeit nicht viel anders, vor allem waren die Wohnungsverhältnisse wohl genau so miserabel, wie in Oberschlesien. Das Elend war so groß, daß nach einem Bericht derselben "Schlesischen Zeitung" vom 14. Oktober 1857 die Behörden mit der Unterbringung obdachloser Familien, denen sogar der beste Platz zur Seite stand, beschäftigt waren, aber nicht genügend Wohnungen finden konnten. Die Bedauernswerten wußten leicht, wie noch mit unheimlichen Räumen, Hantstüren, Schuppen usw. für die neuen, bis bessere Fälle möglich ist. An der Akte der Amtseuerverwaltung seien unbeschreibliche Szenen der Majestätsrat zusammenzustellen, die reichen Stoff zu Peinlichkeit abgaben. Aufschlend häufig seien Fälle von Geistesstörung unter den jungen Arbeiterschlägen, daß ihre Unterbringung in Irrenanstalten nicht möglich sei. Schändliche Zustände sind es, die uns hier geschildert werden, unter denen nicht etwa Sklaven lebten, sondern "freie" Arbeiter eines "Rechts" und "Christenstaates".

Etwas besser lagen die Verhältnisse in Sachsen und entschieden besser im Saar- und Ruhrkreis. Die sächsischen Bergleute waren die ersten, die in gemeinschaftlichen und öffentlichen Versammlungen Stellung nahmen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen und die schon frühzeitig mit Beschwerden an den Landtag herantraten, allerdings ohne Erfolg. Bei den ersten Beisammensein sagten sogar ein Leutnant und ein Major, die Bergbeamten zu verfolgen. Im Ruhrkreis war die Belegschaft im Verhältnis zur Ausdehnung des Reviers noch sehr klein, die Bergarbeiter noch in großer Zahl Stoffbesitzer und die Lebensmittelpreise außerordentlich niedrig. 1848 zählte ein Kuppicher Arbeiter in Essen täglich 5 Groschen für Kost und Logis, also volle Station. Um 1857 und 1858 kostete in Essen ein Pfund Rindfleisch 4½ Groschen, 3½ Butter 5 Groschen, ein Pfund Schweinefleisch 3½ Pf. und ein Krüppicher Hütten-

arbeiter verdiente damals täglich 24 Groschen, ein Bauer 18, 22 bis 25 Groschen. Der Jahreslohn der Ruhrbergarbeiter betrug ca. 240 Taler und reichte nach Ansicht Hu e aus, um dem Bergmann eine gute Haushaltung zu gestatten. Etwa 15 bis 20 Jahre später sah es auch im Ruhrrevier ganz anders aus und die jetzt "wohlhabenden" Knappen und Hausherrn waren arme Proletarier ohne Heimat geworden. Diese Schilderungen sind für unsre Kameraden im Ruhrgebiet besonders lehrreich und mancher von den Alten wird beim Lesen des Buches an jene Zeiten unserer Väter, die auf den kleinen "Wüts" arbeiteten, zurückdenken, als der Seiten der sagenhaften "Bergmannsherrlichkeit".

Im Wurmrevier, wo die Bestimmungen des französischen Berggesetzes in Geltung geblieben waren, bestand der "freie" Arbeitsvertrag schon seit 1810 und seine Wirkungen waren dieselben, wie wir es in Oberschlesien gesehen haben. Auch hier mochte die Frauenarbeit erst durch das Oberbergamt verboten werden und waren auch sonst die Zustände alles andere, nur keine gute. Nach den Angaben des Knappensatzdirektors Simon berührte ein schlimmes Tricksystem, wodurch die Bergarbeiter am Trick verführt wurden. Ein großer Teil der Grubenarbeiter, welche Kohlenknüche genannt wurden, lebten in mißlichen Verhältnissen. Au die Anschaffung eines extraktiven Nachtlagers wurde nicht gedacht, der müde Bergmann legte sich auf den platten Boden seines Zimmers, sammelte dann neue Kräfte für die nächste Schicht und verlor so an Leib und Seele. In einer Wohnung, die von jedem Gerät der Freizeiterung des Lebens leer ist, kann sich niemand heimisch fühlen; es ist daher kein Wunder, wenn die Kinder das elterliche Haus verließen, sobald sie einigermaßen erwerbsfähig waren. Wenn man solche Schilderungen liest, die nicht von einem sozialdemokratischen "Heiger", sondern von einem Knappensatzdirektor geschrieben wurden, dann fragt man sich: Wo waren denn in jene Zeit die "geborenen Arbeiterführer", die uns heute entgegentreten und behaupten, daß sie stets und von jeher ein "warmes Herz" für die Arbeiter gehabt hätten? Möchten die Bergleute auf den Steinen schlafen, möchten sie durch ein raffiniertes Tricksystem dem Schnapsteufel in die Arme getrieben werden, möchten sie an Leib und Seele zugrunde gehen, feiner von all den Eiferern, die heute im Namen der "christlichen Weltanschauung" die Bergleute auseinanderorganisieren, entdeckte kein "warmes Herz", um sich der im Elend verkommenen Knappen anzunehmen. Würde unser Verband nicht bestehen, so würden sie nicht gegen die Einigkeit der Bergarbeiter kämpfen können, feiner der "geborenen Arbeiterführer" würde sich um das Los der Knappen kümmern und wenn sie im Chausseegraben verderben müßten!

Interpretation Giesberts zur Arbeitsgemeinschaft.

Weil die "Christenführer" den klaren Wortlaut der päpstlichen Gewerkschafts-Enzyklika nicht verstehen konnten, mutzen die Bischöfe eine Interpretation für sie schreiben und weil die "christlichen" Streikführer im vorigen Bericht die neu erlassene Arbeitsordnung auf den Saargruben absolut nicht verstanden, mußte die Grubenverwaltung eine Interpretation herausgeben und weil die "Christenführer" die Brothüre von Höhling nicht verstehen, mußte der Vorstand des "christlichen" Textilarbeiterverbandes eine Interpretation schreiben und weil Zentrumschristen den "Bogelsang" zur Arbeitsgemeinschaft nicht verstehen, erklärt der "alte Praktiker" von M. Gladbach eine Interpretation in der "Essener Volkszeitung" vom 10. Oktober, die genau so überflüssig wie falsch ist. Die Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterorganisationen und die "gemeinsame Kampffront aller Bergarbeiter gegen die rücksichtslosen und hartherzigen Werksbesitzer" ist standig vorhanden, wenn die Christen und Gelben mit uns gehen. Diese gemeinsame Kampffront ist bisher standig und nur von den "christlichen" Streikführern gestört worden und wird auch in Zukunft von ihnen gestört werden, weil die Christen ja sonst vollständig überflüssig wären. Ihr alleiniger Zweck ist, die Einigkeit der Bergarbeiter und damit die Arbeitsgemeinschaft zu hindern. Der "Bogelsang" zur Arbeitsgemeinschaft ist und soll auch nichts anderes sein als ein ganz gewöhnlicher Agitationsblatt hinter dem die Absicht steckt, unserem Verband und damit den Bergarbeitern irgend einen Lumpenstich zu spielen. Sollten die Zentrumschristen den "Bogelsang" nicht verstanden haben, so müßt ihnen die Interpretation auch nichts, und uns zu "beschreien", hätte sich der "herrliche Sohn von Strachlen" ruhig machen können. Wir haben aus der Geschichte der "christlichen" Gewerkschaften gelernt, wir wissen, daß der "christliche" Gewerkschaft keine Organisation zur Vertretung der Bergarbeiterinteressen ist, noch kann, und wir wissen, daß es Lebensaufgabe der Herren Giesberts und Genossen ist, alle Unternehmungen der freigewerkschaftlichen Arbeiter zu bekämpfen, herunterzureißen und durch Berippliterung zu schwächen, aber Giesberts hält uns für die Enten, denen die M. Gladbachsche "Füchse" predigen können. Als es gilt, die freien Gewerkschaften durch Gründung von "christlichen" zu schwächen, erschien der "alte Praktiker" sofort als "Führer" auf dem Plan, ohne vorher als Arbeiter einen Groschen Beitrag für eine Gewerkschaft gezahlt zu haben. Um die freie Gewerkschaftsbewegung durch Gründung von "christlichen" Genossenschaften zu schwächen, hat der "alte Praktiker" und seine Genossen sich eifrigst bemüht, und als voriges Jahr die Völksfürsorge von den freiorganisierten Arbeitern gegründet wurde, traten Giesberts und Genossen mit Schärfen in die Auktionen, Unternehmen und Industrien und Gelbenführern zusammen, um die Völksfürsorge durch Berippliterung zu schwächen. Und als die Ruhrbergleute im Frühjahr 1912 die Arbeitsgemeinschaft aller Bergarbeiterverbände so notwendig brauchten, um bei der denkbaren günstigsten Konjunktur einige geringe Lohnauflösung zu erkämpfen, war es Giesberts, der sagte: "Wir werden den Streik zu verhindern wissen und wenn es Hals und Kragen kosten sollte!" Auf der schwarz-gelben Parade zu Dresden sprach Giesberts vor Gemeinderäten, Ministerialräten, Konsistorialräten, Kommerzienräten, Ministerialdirektoren, Konsistorialdirektoren, Generaldirektoren, Volksvereinsdirektoren, Junkern, Bischofsen und "christlichem" Streikbrecherhol und sagte nach dem Bericht der "Königlichen Volkszeitung":

"Ich bezeichne jeden als einen Vollstrecker oder gewerkschaftlichen Idioten, der behauptet, daß jener Streik Bergarbeiterstreik im März 1912 nach gewerkschaftlichen Grundsätzen geführt worden sei." (Lebharter Beifall.)

Mit diesen "Vollstrecker" und "gewerkschaftlichen Idioten" meinte der "alte Praktiker" unsere Bergarbeiter und die Bergarbeiter zu verfolgen. Im Ruhrrevier war die Belegschaft im Verhältnis zur Ausdehnung des Reviers noch sehr klein, die Bergarbeiter noch in großer Zahl Stoffbesitzer und die Lebensmittelpreise außerordentlich niedrig. 1848 zählte ein Kuppicher Arbeiter in Essen täglich 5 Groschen für Kost und Logis, also volle Station. Um 1857 und 1858 kostete in Essen ein Pfund Rindfleisch 4½ Groschen, 3½ Butter 5 Groschen, ein Pfund

gehen? Gilt für sie das Sprichwort: "Sage mir, in wieviel du um gehst, und ich sage dir, wer du bist". Nicht! Oder sollte der "herrliche Sohn von Strachlen" in Dresden nur christliche Menschen wider besseres Wissen haben verleumden wollen? Hat dieser "herrliche Sohn" in Dresden seine Überzeugung ausgesprochen und hat sein Weltanschauungsband ihm aus Überzeugung Beifall gesetzt, dann herrscht in dieser Weltanschauungsgesellschaft eine merkwürdige Auffassung über persönliche Ehrenhaftigkeit, die wir einfach nicht verstehen; hat er aber in Dresden gegen seine wahre Überzeugung geredet, wer garantiert uns dann, daß er und sein Weltanschauungsband die Arbeitsgemeinschaft nicht auch gegen ihre wirkliche Ehrenhaftigkeit propagiert? Wann und wo kommt bei Giesberts seine wahre Gesinnung zum Ausdruck? Dann und dort, wo er uns möglichst beschimpft, verleumdet und bekämpft oder dann, wenn er uns liebenvoll an sein weiches und sanftes "Christenberg" drückt will?

Giesberts behauptet in seiner Interpretation von neuen, der Streik von 1912 wäre keine gewerkschaftliche Aktion gewesen, weil "keinerlei Voranzeigungen auf einen Erfolg gegeben waren". Es ist völlig unklos, mit einem eitlen Wichtigtuer über Wirtschaftsprobleme zu streiten, um so mehr, als selbst Handelskammerberichte den Schwäber widerlegt haben und auch im Buch unter seinem Eid befunden wurde, daß die Unternehmer nachgegeben hätten, wenn der Streikbruch gewerkt verein mit gemacht, den sicherer Erfolg nicht verfehlt hätte. Worauf es hier ankommt, ist: Giesberts verteidigt den Riesenstreikbruch mit all den traurigen und opferreichen Konsequenzen in demselben Artikel, in dem er für die Arbeitsgemeinschaft, für ein gemeinsames Sprichworten plädiert! Erst stößt er unsere Kameraden durch den Streikbruch ins Unglück und dann will er unsre Vertrauensmänner und unseren Vorstand schulmeistern und verbächtigen. Ganz München-Gladbach!

Dann wendet er sich gegen unseren Artikel in Nr. 88, in dem wir schrieben: "Wieder der Gewerksverein seinen bisherigen Grundsätzen und seinem alleinigen Daseinszweck treu, dann ist eine ehrliche Gemeinschaftsarbeit nicht möglich, denn auch der Gewerksverein kann nicht zwei Herren dienen...", und sagt, der Gewerksverein werde auch in Zukunft seinen bisherigen Grundsätzen treu bleiben. Welche "Grundsätze" die "christlichen" Gewerkschaften verfolgen, hat die Kette der aufeinanderfolgenden Streikbrüche des Gewerksvereins und das Streikbruchdokument aus dem "christlichen" Textilarbeiterverband deutlich gezeigt. In diesem Dokument heißt es: "Doch alles getan werden muß, um dem Deutschen Textilarbeiterverband eine Schlappe beizubringen, ist für uns von der größten Bedeutung." Vom Streikbruchgewerksverein wird stets alles getan, um unserem Verband eine Schlappe beizubringen, weil das für ihn von größter Bedeutung ist und seinen wahren Grundsätzen entspricht. Mit solchen "Grundsätzen" macht man keine Arbeitsgemeinschaft und sollte man sich die Schwedelbluffs ruhig sparen, darauf fällt niemand mehr herein.

Auf unsere Ausführungen über die politische Konstellation im Ruhrrevier antwortete der "kluge Hans" nach Weiberart mit einer Retortfusche, fährt aber damit die Wahrheit fort und sich selbst nur tiefer in die Patsche. Der Gewerksverein ist aus Zentrumsparteigründen gegründet worden und der Gewerksverein hat aus Zentrumsparteigründen jede angeborene Arbeitsgemeinschaft abgebrochen, hat aus Zentrumsparteiinteresse die Siebenkommission gesprengt, im Zentrumsparteiinteresse den Streikbruch begangen und darf aus Zentrumsparteiinteresse keine wirkliche Arbeitsgemeinschaft mit uns eingehen. Das führende Zentrumsorgan, die "Königliche Volkszeitung", schrieb am 30. August, daß man auf Seiten der "christlichen" an eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft im umfassenden, tieferen Sinne des Wortes gar nicht dachte und zwar aus Parteiinteresse. Trotz all dieser offenkundigen Tatsachen will Giesberts Pferde täuschen, will uns den Bören aufbinden, der Gewerksverein sei selbständig, politisch neutral, sei im Reichstage sogar durch — Heckmann vertreten! Heckmann, das "Nils pferd der Christen", wie die evangelischen Arbeitervereine in Essen ihn nannten, ist der Erkoren der Schweizerindustrie und wird von dieser ausgehalten. Heckmann, der Vertrauensmann der Schriftsteller, der Befürworter des Arbeitswilligenausschusses, "Vertreter" der "christlichen" Bergarbeiter, als Garantie und Bürgschaft für die Arbeitsgemeinschaft!!! Heckmann, der Freund und Vertreter der Grubenbesitzer, soll die Bergarbeiter gegen das "rücksichtslose Grubenkapital" führen! Und auf diese Bürgschaft hin sollen wir Hypotheken verleihen?

Kann, darf und will der Gewerksverein wirklich Arbeiterinteressen vertreten, bleibt es ihm zu jeder Zeit unbenommen, an unsere Seite zu treten, und die Arbeitsgemeinschaft ist vereift! Nur durch Taten kann und muß der Gewerksverein beweisen, daß er gewillt ist, mit uns gemeinsam zu kämpfen, nur durch Taten kann er uns überzeugen, den Worten glauben wir nicht. Bitte Taten zeigen!

Lohnbewegungen, Streiks u. Aussperrungen im Jahre 1912.

Einfluß von dem umfangreichen Bergarbeiterstreik, den wir bereits im vorigen Abschnitt erwähnt haben, bieten die im Jahre 1912 durch das Mittel der Arbeitseinstellung zur Entscheidung gebrachten wirtschaftlichen Kämpfe ein von den Vorjahren erheblich abweichendes Bild. In welcher Weise der Bergarbeiterstreik auf das Zahlenverhältnis der Statistik einwirkt, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß von allen Personen, die 1912 an den Arbeitskämpfen beteiligt waren, fast die Hälfte allein auf den Bergarbeiterstreik entfällt. Da dieser umfangreiche Kampf in der Statistik nur mit 4 Streikfällen verzeichnet ist, so ergibt sich für 1912 gegenüber dem Jahre 1911 eine geringere Zahl an Arbeitskämpfen und eine beträchtlich höhere Zahl von Personen, die an diesen Kämpfen beteiligt waren. Es betrug 1912 die Zahl der Arbeitskämpfe 2825 (1911: 2914) und die Zahl der daran beteiligten Personen 479 589 (1911: 325 253). Es haben demnach gegen das Vorjahr 89 Kämpfe weniger stattgefunden, indes die Zahl der Beteiligten um 154 336 gestiegen ist. Rechnet man von der Gesamtzahl der Personen die 237 732 Beteiligten des Bergarbeiterverbandes ab, so wäre entsprechend der verminderten Zahl der Kämpfe eine geringere Zahl von Beteiligten zu verzeichnen. Unter den 479 589 Beteiligten des Jahres befanden sich 27 557 weibliche Personen (1911: 51 080).

Der Rückgang an Kämpfen erstreckt sich nur auf die Streiks. Aussperrungen sind dagegen in vermehrter Zahl vollzogen worden. Es wurden geführt 1543 Angriffsstreiks (1911: 1705) und 926 Abwehrstreiks (1911: 1002); Aussperrungen erfolgten 336 (1911: 207). Von den Personen, die 1912 im Kampfe standen, kommen 352 090 (1911: 169 657) auf die Angriffs- und 45 400 (1911: 42 239) auf die Abwehrstreiks. Von den Aussperrungen wurden 82 099 (1911: 113 335) Personen betroffen. Gegenüber dem Jahre 1911 wurden 262 Angriffs- und 76 Abwehrstreiks weniger geführt, während die Zahl der Aussperrungen um 149 stieg. Diese Tatsache scheint dafür zu sprechen, daß bei dem Unternehmertum im Jahre 1912 eine stärkere Angriffslust vorhanden war, während sich die Arbeitsgemeinschaft in ihren Kämpfen zurückhaltender verhielt; Symptome, die mit der in-

sicherer wirtschaftlichen Lage, der größeren Arbeitslosigkeit und dem stärkeren Andrang von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt im Einklang zu stehen scheinen. Allerdings wird die Anzahl einer stärkeren Angriffslust der Unternehmer wieder eingeschränkt durch die um 31 258 gesunkenen Zahl der Ausgesperrten, danach waren die Aussperrungen nicht so umfangreich als im Vorjahr. Auch die Zahl der an den Abwehrstreiks Beteiligten ist um 3161 geringer, was der geringeren Zahl dieser Kämpfe entspricht. Die um 183 813 gestiegene Ziffer der Beteiligten bei den Angriffstreiks läßt, aus den schon erwähnten Gründen, allgemeine Schlussfolgerungen nicht zu.

Der prozentuale Anteil der Angriffstreiks an den Gesamt-kämpfen ist seit dem Vorjahr um 38,5 auf 51,8 Prozent und bei den Abwehrstreiks von 81,4 auf 82,8 Prozent zurückgegangen. Der prozentuale Anteil der Aussperrungen ist dagegen von 7,1 auf 12,6 Prozent gestiegen.

Der Ausgang der geführten Kämpfe war im Jahre 1912 etwas weniger günstig als 1911. Es endeten 1721 gleich 61,7 Prozent (1911: 65,3 Proz.) erfolgreich, 458 gleich 16,1 Proz. (1911: 15,8 Proz.) teilweise erfolgreich und 588 gleich 18,3 Proz. (1911: 19,9 Proz.) erfolglos. Von 63 Kämpfen mit 5739 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt und 47 mit 3982 Beteiligten waren am Jahresende nicht beendet. Auf je 100 Kämpfe entfallen 1912 3,6 erfolgreich beendete weniger. Der Prozentsatz der teilweise erfolgreichen Kämpfe ist dagegen nur gering gestiegen und die erfolglosen Kämpfe nehmen fast den gleichen Stand wie 1911 ein. Anfolge des erfolglos verlaufenen Bergarbeiterstreiks sind die prozentualen Erfolgssichten der Beteiligten erheblich ungünstiger als im Vorjahr, was sich in ganz besonders starker Weise bei den Angriffstreiks bemerkbar macht. Bei einem Vergleich dieser Ziffern mit denen der Vorjahre lassen sich deshalb allgemeine Schlussfolgerungen daraus nicht ziehen. Es hatten von den Beteiligten vollen Erfolg 181 798 gleich 28,4 Proz. (1911: 38,8 Proz.), teilweise Erfolg 60 091 gleich 12,6 Proz. (1911: 39,9 Proz.) und keinen Erfolg 27 179 gleich 57,8 Prozent (1911: 19,9 Prozent).

Von den an den Kämpfen 1912 insgesamt beteiligten Personen waren 803 115, darunter 20 851 weibliche, in die Streiklisten eingetragen. Dovon gehörten beim Beginn des Kampfes 245 688 männliche und 18 618 weibliche Personen der Organisation an. Von diesen organisierten Personen waren 188 852 männliche und 9913 weibliche schon 6 Monate vor Beginn des Kampfes Mitglieder ihres Verbandes. Verheiratet waren 157 877 männliche und 7474 weibliche Personen. Die in den Streiklisten verzeichneten hatten insgesamt 320 122 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren.

Für 304 779 Personen konnte der bei den Kämpfen erfolgte Aussall an Arbeitstagen und Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 4 776 818 Tage und der Aussall an Verdienst 21 144 439 Mf. Die weiblichen Personen sind an diesen Zahlen beteiligt mit 468 522 Arbeitstagen und einem Verdienstaussall von 1 021 686 Mf.

Die Kämpfe des Jahres 1912 erforderten eine Gesamtausgabe von 11 486 365 Mf. (1911: 16 002 906 Mf.). Sie ist um 4 576 541 Mf. geringer als im Vorjahr. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angriffstreiks 6 911 857 Mf., die Abwehrstreiks 947 925 Mf. und die Aussperrungen 3 375 615 Mf. Ausserdem verausgaben 4 Verbände noch 268 968 Mark an Unterstützung für Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mit beteiligt waren. Die letztere Summe ist mit in die Gesamtausgabe verrechnet. Die Durchführung der Angriffstreiks beansprucht über die Hälfte der Gesamtkosten.

Von den 1543 Angriffstreiks wurden 785, reichlich die Hälfte aller Streiks, unternommen, um Lohnherhöhungen zu erreichen. 293 813 Personen waren daran beteiligt. Darunter befinden sich auch die Beteiligten des Bergarbeiterstreiks. Um Arbeitszeitverkürzung allein wurden 39 Streiks mit 5167 Beteiligten und um Arbeitszeitverkürzung und Lohnherhöhung 572 Streiks mit 44 906 Beteiligten geführt. Von den gesamten Angriffstreiks endeten 940 mit 56 893 Beteiligten erfolgreich, 291 mit 32 012 Beteiligten teilweise erfolgreich und 295 mit 257 819 Beteiligten erfolglos.

Von den 926 Abwehrstreiks wurden 333 mit 9973 Beteiligten geführt, um eine Lohnreduktion abzuwehren. In 231 Fällen war Lohnregelung von Arbeitern die Ursache von Streiks, von welchen 13 498 Personen betroffen wurden. In 24 Fällen wurde zur Wahrung des Koalitionsrechtes die Arbeit eingestellt und 22 Streiks mit 673 Beteiligten wurden zur Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung unternommen. Der Ausgang der gesamten Abwehrstreiks war in 599 Fällen mit 29 263 Beteiligten erfolgreich, in 65 Fällen mit 3845 Beteiligten teilweise erfolgreich und in 193 Fällen mit 9771 Beteiligten erfolglos.

Mit ihren Aussperrungen haben die Unternehmer 1912 nicht gut abgeschritten. Von den gesamten 356 Aussperrungen endeten 52,8 (1911: 39,2) Prozent für die Arbeiter erfolgreich. Oder anders ausgedrückt: über die Hälfte aller Aussperrungen verfehlte vollständig die damit beabsichtigte Wirkung und brachte den Unternehmern keinen Erfolg. Mit dem Prozentsatz der erfolgreichen Aussperrungen übertrifft das Jahr 1912 alle früheren Berichtsjahre. Die mit teilweise Erfolg beendeten Aussperrungen stehen nur gering hinter dem Vorjahr zurück. Die Aussperrungen, die den Unternehmern vollen Erfolg brachten, d. h. für die Arbeiter erfolglos verließen, gingen von 29,4 im Vorjahr auf 14,4 Prozent zurück. Von 1900–1912 sind von dem Unternehmertum insgesamt 3324 Aussperrungen verhängt worden, von denen 966 611 Personen betroffen wurden. Durch diese Aussperrungen entstand ein Verlust an Arbeitszeit von zusammen 20 681 085 Tagen. Die Durchführung dieser Aussperrungen kostete den Gewerkschaften die respektable Summe von 45 306 465 Mf.

Das sind gewaltige Opfer, die der Arbeiterschaft durch die Aussperrungen bisher auferlegt wurden. Trotzdem haben wir keine Ursache, darüber zu klagen, wenn die Unternehmer auch ihrerseits verjüchen, in dem wirtschaftlichen Kampf ihre Mittel anzuwenden. Man sollte es dann aber auch unterlassen, immer die Arbeiter als diejenigen hinzustellen, die das Wirtschaftsleben durch ihre Streiklust erschüttern. Der Arbeiter wird von der Produktivität getrieben, eine Verbesserung seiner Lage anzustreben. Er vermag das nur, wenn er den Wert seiner Persönlichkeit und seiner Arbeitskraft durch gemeinsame Handeln mit seinen Klassengenossen dem Unternehmer gegenüber zu steigern versucht. Das sind kulturelle Bestrebungen in des Wortes volkstümlicher Bedeutung, die in ihren Konsequenzen dem gesamten Volke zugute kommen. Die Arbeiterschaft hat keine Veranlassung, mutwillig Erschütterungen des wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen. Solche Erschütterungen führen nur jene Leute herbei, die sich dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft gewaltätig in den Weg stellen. Durch das Mittel der Aussperrungen hat das Unternehmertum den beabsichtigten Zweck, die gewirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft illusorisch zu machen, bisher nicht erreicht und es wird dieses Ziel auch nie erreichen.

Bolzwirtschaftliche Rundschau. Traurige Ergebnisse der Fleischbeschaustatistik.

Die statistischen Erhebungen über den Umfang der beschäftigten gewerblichen Schlachtungen liefern immer wieder ziffernmäßige Belege für den anscheinend unaufhaltenden Rückgang der in Landes- und Städte- und Gewerbeverbänden zusammengeführten Fleischbeschaustatistik. Es ist bekannt, daß in Deutschland selbst in normalen Zeiten der auf den Kopf der Bevölkerung berechnete Fleischverbrauch weit unter dem Niveau bleibt,

das von medizinischen Autoritäten als erforderliches Mindestmaß bestimmt wird. Es ist ferner bekannt, daß in den oberen Schichten des deutschen Volkes der Fleischverbrauch ein abnormal hoher ist, so daß auf die minderbemittelten Kreise weit geringere Fleischportionen entfallen, als die Durchschnittsziffer angibt. Seit dem Jahre 1912 hat nun der insländische Fleischkonsum von Monat zu Monat weiter abgenommen. Diese Tatsache tritt unweigerlich in der Fleischbeschaustatistik hervor, die uns ferner zeigt, daß auch eine Verschiebung des Konsums in der Weise stattgefunden hat, daß heute die hochwichtigeren Fleischsorten am Gesamtverbrauch mit einer geringen Quote partizipieren als früher. Die Verfeuerung der besseren Sorten hat das Publikum zu einer Vorzugung der geringeren Qualitäten gezwungen. Der Rückgang der Fleischverarbeitung spiegelt sich an deutlichsten in der Abnahme der beschäftigten Schlachtungen von Kindern. Diese betragen im 2. Quartal 1908–1913 nach Städten:

2. Quartal	Schlägen	Vatten	Köhe	Jungkalber	Rinder
1908	130 112	122 271	388 572	292 940	1 302 003
1909	147 800	131 188	416 087	292 548	1 303 502
1910	149 466	120 812	438 200	242 038	1 376 260
1911	133 303	113 604	410 527	211 447	1 306 425
1912	129 216	115 052	421 620	227 650	1 300 106
1913	125 649	130 905	392 905	200 837	1 106 250

Eine Zunahme der Schlachtungen läßt sich nur bei den Bullen konstatieren. Recht auffallend ist der Rückgang bei den Kühen und bei dem Jungkalb. Die beschäftigten Schlachtungen und Schweine, Schafe, Ziegen, Hühner und Kunden beliegen sich im 2. Quartal 1911 bis 1913 auf:

3. Quartal	1911	1912	1913
Schweine	4 125 387	4 302 802	4 175 002
Schafe	471 290	454 038	440 973
Ziegen	176 786	204 245	175 308
Pferde, Esel	28 710	28 640	33 265
Hunde	920	1 237	1 184

Es ist recht bezeichnend für die gegenwärtige Lage der Fleischversorgung, daß Pferde, Esel und Hunde für das eine immer größere Rolle auf dem Tisch des kleinen Mannes spielen. Auch der Vergleich zum Konsum von Kind- und Kalbfleisch gleicht höchstens ab. Der Rückgang der Fleischbeschaustatistik ist nicht als günstiges Symptom gewertet werden.

Im Zuge der Ausbeutung.

Den "Fleischsachen" Nr. 2 Herausgeber Julian Borchardt entnehmen wir:

In diesem Jahre des Jubels und der Freude hört man nicht selten die Behauptung, daß die "deutsche Volkswirtschaft" in den 25 Jahren, seit Wilhelm II. an der Regierung ist, einen unerhörten Aufschwung über das ganze Volk, insbesondere auch über die Arbeiterschaft, erzeugt habe. Nun ist zur Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge nichts so leicht wie die Tatsachen. Wirst man einen Blick in die Tatsachen, so erweist sich der erste Teil jener Behauptung als vollkommen richtig. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens ist die Produktion seit 25 Jahren in ihre Weise gestiegen, die ins Abschafft geht. So hat z. B. die amtliche "Marine-Rundschau" mitgeteilt, daß in Deutschland produziert worden sind:

1868	1911
Steinkohlen im Werte von	341 Mill. Mf.
Braunkohlen im Werte von	41 Mill. Mf.
Essenerze im Werte von	40 Mill. Mf.
Anderdings bietet ja die Angabe des Wertes keinen genauen Maßstab, weil die Preise nicht mehr dieselben sind, wie vor 25 Jahren. Man muß die produzierten Mengen wissen. Diese betragen z. B. bei Roheisen 1888: 4 300 000 To., 1911: 17 800 000 To.	111 Mill. Mf.
Stahl	1888: 6 600 000 To., 1911: 15 000 000 To.

Bei beiden Rechnungen ergibt sich eine Steigerung um das Dreifache. In anderen Industrien war sie noch stärker. Die chemische Industrie z. B. produzierte allein im Bezirk Dortmund:

1895	1911	Zunahme
To.	To.	
Schwefelsaures Ammonium	21 000	425 000
um das 12fache		
Tee	28 000	550 000
um das 19fache		
Benzol	215	51 000
um das 250fache		

Fast ebenso stark war die Steigerung in der elektrischen Industrie, sehr stark war sie auch in der Maschinen-, der Textil-, der Zeder-, der Papierindustrie und vielen anderen.

Will man nun wissen, welche Rückwirkung dieser gewaltige Aufschwung auf die Lage der Arbeiterschaft ausgeübt hat, so kommt zwei Fragen in Betracht: 1. wieviel hat jeder einzelne Arbeiter mehr leisten müssen? 2. wieviel größere Einnahmen hat er davon gehabt?

Da die Verhältnisse in den verschiedenen Industrien ungleich liegen und da auch außerdem nicht für alle die Zahlen ohne Weiteres zu haben sind, wollen wir eine von ihnen als Beispiel herausgreifen, und wählen dazu, wegen ihrer großen Wichtigkeit, die Gruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwerke. Wie die oben angeführten Zahlen erweisen, ist in dieser Gruppe die Produktion auf etwa das Vierfache gestiegen. Wie steht es mit der Zahl der Arbeiter, die dieses vermehrte Erntaufeilen müssen?

Diese Zahlen müssen wir natürlich aus der amtlichen Berufsstatistik entnehmen, und eine solche haben wir nicht gerade für die Jahre 1888 und 1911, wohl aber für die Jahre 1882 und 1907. Für den Bergbau reicht das aus. Die Industriegruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwerke beschäftigte (reduziert) 1882: 430 000, 1907: 900 000 Arbeiter.

Die Zahl der Arbeiter hat sich also noch nicht einmal um das Viertel vermehrt. Dies bestätigt den alten Erfahrungssatz, daß mit der Steigerung der Produktion die Arbeit immer produktiver wird, so daß keineswegs für ebensoviel neue Arbeiter Beschäftigung geboten wird, wie die Zunahme der Produktion es sich ausmacht. Es zeigt aber zugleich, daß auf den einzelnen beschäftigten Arbeiter eine erheblich größere Leistung kommt, mit anderen Worten, daß die Arbeit um vieles intensiver geworden ist und die Arbeitskraft viel stärker in Anspruch nimmt.

Nun zur zweiten Frage: wieviel mehr bekommen die Arbeiter für ihr so viel schwiereres Werk? Darüber gibt das amtliche "Reichs- arbeitsblatt" in seiner Nummer vom Juli d. J. willkommen Aufschluß. Nach den Angaben einer oberösterreichischen Unternehmervereinigung wird dort berichtet, daß jeder in der oberösterreichischen Bergindustrie beschäftigte Arbeiter an Lohn erhalten habe: 1887: 390 Mf., 1912: 1233 Mf.

Dies ist also, wohlverstanden, keine gütliche Statistik, sondern sie röhrt von einem privaten Unternehmerverein her, und ist auf nicht ganz einwandfreie Art zusammengestellt. Zeigt man nämlich die Gesamtzahl der dort zusammenaddierten Arbeiter in die einzelnen Betriebegruppen, so zeigt sich überraschenderweise, daß die meisten von ihnen im Jahre 1912 bei weitem nicht 1233 Mf. erhalten haben. Dies muß zweifellos darüber ergehen, ob der Lohn von 1233 Mf. auch nur als Durchschnittssumme richtig sei. Wenn wir jedoch annehmen, daß auch die Zahl des Jahres 1887 auf dieselbe fehlerhafte Weise gewonnen sei, so bleibt sich das für die Steigerung gleich, und nur auf diese kommt es uns ja hier an. Dennoch hätten sich die Löhne auf etwas mehr als das Doppelte erhöht.

Aber leider nur der Geldbetrag des Lohnes. Der ist aber nicht ausdrücklich, für den Arbeiter handelt es sich nicht darum, wieviel Geldstücke er in die Hand bekommt, sondern was er sich dafür kaufen kann. Man muß unterscheiden zwischen dem nominalen und dem realen Lohn, d. h. zwischen dem, was der Arbeiter den Namen nach und was er wirklich bekommt. Der wirkliche, der reale Lohn, das sind die Waren, die er für den Geldbetrag kaufen kann. Und wieder das sind, was hängt natürlich sehr von den Preisen der Waren ab. Nun bedarf es heute, im Jahre der sicheren Leistung, eines Beweises, daß die Preise seit 1887 nicht etwa unverändert geblieben, sondern gewaltig in die Höhe gezogen sind. Selbst nach den mäßigsten Berechnungen macht die Preissteigerung seit 1888 25–30 Prozent aus, d. h. den vierten bis dritten Teil. Dies bedeutet mit der gleichen Geldsumme wie 1888 kann man heute nur sieben Zehntel der Warenmenge von damals kaufen.

Nach diesen durchaus n

Am 12. August war also der Termin Gärtners besetzt, jemals in einem anderen Falle dort gewesen zu sein. An demselben Tage noch aber hatte das Gericht festgestellt, daß er schon mehrfach dort gewesen war, er also gelogen haben mußte. Obwohl die Anstellung einer solchen Verfügung nach § 157 B.-V.-O. nicht möglich ist, wandte Gärtners sich doch mit einer Beschwerde an den Herrn Landgerichtspräsidenten, weil ihm mit der Verfügung der Vorwurf der Unberechtigung gemacht wurde. Er wiederholte seine schon vom Amtsgericht abgesetzte Erklärung mit dem Hinzufügen, daß ein Richter eine vertragliche, vor tatsächlichen Unterlagen entbehrende Behauptung nicht aufstellen solle.

Unterri. 30. September erließte der Herr Landgerichtspräsident nachstehenden Bescheid:

Gütersheim, den 30. September 1913.

Auf die gefällige am 20. August 1913 hier eingegangene Beschwerde über die Verfügung des Amtsgerichts in Burgdorf vom 18. d. M. habe ich die einschlägigen Akten eingesehen und mir vom Amtsgericht in Burgdorf Bericht erstatten lassen. Ich halte die Verfügung für ungerechtsam, habe dies dem genannten Amtsgericht eröffnet mit dem Grunde, sie aufzufordern und erachte durch die Angelegenheit für erledigt. (Unterschrift.)

Hierauf kam unten am 4. Oktober nachstehendes Schreiben vom Amtsgericht in Burgdorf:

Nachdem die angestellten Ermittlungen ergeben haben, daß Sie in anderen Prozessen vor dem hierigen Amtsgericht als Vertreter einer Partei nicht aufgetreten sind, wird die Verfügung vom 18. Aug. 1913 zurückgenommen. (Unterschrift.)

Dem Kameraden Gärtners wäre so damit Genüge geschehen. Wie steht es aber nun mit der Bezahlung der Kosten, die dem Richter durch die Juristische Gärtners entstanden sind und noch entstehen? Gärtners war verpflichtet, als er zur Verhandlung kam, schließlich die Sache einem Rechtsanwalt zu übertragen, um am nächsten Termine einen Verfahrensentscheid zu entgehen. Da Gärtners zu Unrecht die Rechtsanwaltskosten verurteilt worden sind auch er zu Unrecht die Rechtsanwaltskosten verurteilt worden. Wir werden den Ausgang der Sache abwarten und eventuell das Gericht für die Kosten haftbar machen. M. G.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der Bergbau des Fürsten Pless in Oberschlesien.

Oberschlesien ist ein sprudelnder Goldboden für reiche Leute. Und dort gibt es dort nicht wenige. Die Namen Wallstraße, Giesche, Sonnenberg, Schaffgotsch, Pless usw. geben Rund davon. In ihren Händen befindet sich der bedeutendste Teil des oberschlesischen Bergbaus. Ihr ohnehin schon großes Vermögen erhöht sich alljährlich noch um Millionen durch die Gewinne, die sie aus dem Bergbau, der Forst- und Landwirtschaft erzielen. Kein Mensch kann aber die Betriebsergebnisse — auch die des Bergbaus nicht — nachprüfen, da die Familienbesitzungen nicht öffentlich Meldung zu legen brauchen.

Einer der bedeutendsten Besitzer unter den vordahend genannten ist Fürst von Pless, ein persönlicher Freund Kaiser Wilhelms II. Sein Bergwerkbetrieb in Niederschlesien ist bis jetzt noch umfangreicher wie der in Oberschlesien. Wir wollen uns jedoch nur mit seinem oberschlesischen Bergbau beschäftigen. Fürst von Pless besitzt in Oberschlesien ein vollständig freies großes Bergregal, das fast das ganze ehemalige Herzogtum Ratibor umfaßt und auf einem Reich beruht, der im Jahre 1824 abgeschlossen wurde und heute noch rechtsfähig ist. Nachdrücklich ist im Bereich der Standesherrschaft Pless schon 1740 Bergbau auf Steinöhlen betrieben worden. Die Bergbehörde hat sich aber bis zum Jahre 1789 um diesen Bergbau nicht im geringsten bekümmert. Er existierte für sie gar nicht. Selbst den Bergzehnten zu brauchen die von Pless nicht zu zahlen, obwohl dessen Erhebung schon 1742 durch Friedrich den Großen angeordnet worden war. Erst im November 1789 erließte die Bergbehörde zu Neisse ein Schreiben an die Steinöhlengewerkschaft zu Koszyna, in welchem diese aufgefordert wurde, den Bergzehnten zu zahlen. Da aber das Zahlen schon von jeher nicht zu den angemessenen Verhältnissen der Feudalherren gehörte, weigerte sich der Besitzer der Standesherrschaft Pless, der Aufsichtsbehörde der königlichen Bergbehörde nachzuhören. „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut!“ Durch diese Weigerung kam es zu einem fast zwei Jahrzehnte andauernden Prozeß über die Bergbaurechte der Standesherrschaft überhaupt. Ein Urteil des Obertribunals, welches am 12. März 1878 gefällt wurde, sprach aus, daß sich der Fürst von Pless nach der Bergordnung zu richten, seinen Bergbau der Aufsicht des Oberbergamtes zu unterstellen und andere landesherrliche Abgaben und den Bergzehnten zu zahlen habe. Nach dem Urteil verstand es aber der Fürst, eine Absetzungsorder zu erwirken, die ihn von der Zahlung des Bergzehnten und sonstiger Abgaben wieder befreite. Damit hatte das Urteil des Obertribunals jeden praktischen Wert verloren. Noch bestand das Urteil insoweit, daß der Fürst von Pless seinen Bergbau der Aufsicht der Bergbehörde unterstellen müsse, aber zu zahlen brauchte er nichts und das war doch die Hauptfrage.

Zwischen dem Bergfürst und dem damaligen Besitzer der Standesherrschaft, dem Fürsten Heinrich von Anhalt-Gödens-Pless, sind dann zwei Jahrzehntlang andauernde Verhandlungen geführt worden, die durch den am 26. März 1824 abgeschlossenen Reges ihre Erledigung fanden. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des aus 13 Paragraphen bestehenden Reges sind kurz folgende:

„Der jeweilige Standesherr ist befugt, auf seinem Gebiet ein und Alodialgütern, wie auch auf den nicht mit Domänenrecht besessenen städtischen und bürgerlichen Gütern innerhalb der Grenzen der Standesherrschaft nach Gutachten ohne besondere behördliche Erlaubnis zu schützen, Gruben anzunehmen und Hütten anzulegen. Auf diesen Gütern darf der Staat ihnen Dritten zum Bergbau auflassen. Die Bergbehörde auf den Gruben wird nicht von den Bergbehörden ausgeübt, sondern sie untersteht dem Standesherrn.“

Dieser Reges, der heute noch gültig ist, gewährleistet denen von Pless vollständige Bergbaufreiheit. Sie können Gruben und Hütten innerhalb der Standesherrschaft aufnehmen, wo und so viel ihnen beliebt. Niemand kann sie hindern. Und was das bedeutsam ist: Der Bergwerksbesitzer von Pless ist seine eigene Bergbehörde! Die staatliche Bergbehörde hat ohne Willen des Fürsten von Pless im Bereich seines oberschlesischen Bergbaubetriebs kein Aufsichts- und Kontrollrecht! Der Fürst von Pless hat sie über der Bergbehörde gegenüber als großmütig erweisen und dieser durch Vertrag vom 4. Oktober 1872 das Revisions- und Rechtsrecht übertragen. Dieser Vertrag ist seitdem immer wieder erneuert worden.

Der größte Teil der in Oberschlesien regenden und dem Fürsten von Pless gehörenden Gütern hat nach unerfüllbar. Es sind weiteste Gebiete Landes, die sie alle verfügen und zum gleichen Bergregal gehören.

Im Kreis befinden sich ungefähr 500000 Hektar. Es sind dies die Emanuelsgasse, Heinrichsgasse, Heinrichsglück, Grädegrube und Wertheim. Die Belegschaft ist in den letzten 15 Jahren — von 1897 bis 1912 — von 1001 auf 2815 Männer oder um 280 Prozent, der Wert der Produktion aber in derselben Zeit von 1 369 635 Mark auf 9 760 619 Mark oder um 700 Prozent gestiegen!

Ein glänzendes Geschäft, das ein einzelner unmöglich macht! Und es wird noch glänzender für den Fürsten von Pless, wenn er seine ihm zugeschriebenen, aber noch unerreichten Hobelsfelder aufschließt.

M. G.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Unablässbare Unternehmer gegen die „Christen“

„Ganz alles getan werden, dem Deutschen Metallarbeiterverband eine Schlappe beizubringen“, schrieb der Vorstand des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes am 8. April 1913, als unsere Kollegen in Kreuztal in einem ausführlichen Lohnkampf standen, an seine Angeklagten und forderte diese sogar auf. Streitbrecher auf dem Markt für Güter, so ist Kreuztal, zu liefern, nur um den millionenreichen Fabrikanten gegen die armen und gelittenen Arbeiter zum Siege zu verhelfen. Keine Kosten wurden aufgewandt und

das „christlich-nationale“ Ziel, die Unterwerfung der Arbeitnehmer, wurde erreicht, die Millionäre siegten, erwarteten weitere Millionen an Löhnern, die sie anderfalls hätten zahlen müssen, und dafür hofften nun die „christlichen“ Bergarbeiter, noch die „christlichen“ Streitbrecher auf einer Gegenleistung, noch die „christlichen“ Bergarbeiter ein Jahr früher verblieben, durften sie mit Recht erwarten, daß die Fabrikanten den „christlichen“ Streitbrechern verblieben, würden. Aber die Fabrikanten sind genau so unablässbar wie die Grubenbesitzer, und anstatt die „christlichen“ Streitbrechern zu unterstützen, gründen sie gelbe Gewerkschaften und fangen die „christlichen“ Streitbrecher einfach ab. Das große Entlastung im Lager der „christlichen“, die sich in folgender Resolution des Bezirkstagsversammlung des Bergarbeiterverbandes in Kreuztal Luft macht:

„Der 19. Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine des Bergarbeiterverbandes Kreuztal nimmt Kenntnis von den Bestrebungen bisheriger Arbeitgeber, unter dem bekannten Namen „Wertheimer“ den gelben Bergbau in Kreuztal, besonders in der Stadt, Gingang zu verschaffen. Wie Angehörige aller Gewerbstände unseres Volkes, Arbeitgeber, Landstände und Angehörige des Kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes sich zur Wahrung ihrer Berufsangelegenheiten in selbständigen und unablässlichen wirtschaftlichen Berufsverbänden organisiert, von der Gesetzgebung und der Gesellschaft die Anerkennung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit ihrer Bewegung im Interesse der Berufsangehörigen aus nationalen und sonstigen Gründen grundsätzlich beanspruchen, so ist die Förderung nach Anerkennung und Förderung der katholischen Gewerkschaften als selbständige und unablässliche Interessenvertretung der Arbeiter in den Fragen des gewerblichen Arbeitsvertrages grundsätzliche Forderung der katholischen Arbeitervereine. Vestige protestieren energisch gegen das Vorgehen gewisser Arbeitgeber, welche durch allerhand Druck und Bestechen die Arbeiter zum Eintritt in die gelben Bergvereine veranlassen. Weil die gelbe Bewegung eine Gründung von Arbeitgebern ist, dazu bestimmt, den Arbeitern die zur Wahrung ihrer Berufssicherheit, ferner die zum Schutz der Freiheit ihrer politischen und religiösen Überzeugung unentbehrliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu nehmen, erklärt der Delegiertentag die Zugehörigkeit zur gelben Bewegung, ganz gleich unter welchem Namen dieselbe auftritt, als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einem katholischen Arbeiterverein. Der Delegiertentag verurteilt insbesondere auch aus nationalen Gründen die Bestrebungen von Arbeitgebern in Kreuztal und Umgebung, die gelbe Bewegung einzuführen, weil dadurch eine das nationale Leben schwer gefährdende Berßplitterung in die auf christlichen und nationalen Boden stehende Arbeiterschaft getragen wird. Der Delegiertentag erklart in der Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterschaft die einzige Möglichkeit, die Arbeiterschaft vor dem vollständigen Auflösung in der internationalen, revolutionären und religiösen Sozialdemokratie zu bewahren. Der Delegiertentag richtet an alle katholischen Arbeiter des Berges die dringende Aufrufserklärung, angeht der großen Gefahren, die von Seiten der Sozialdemokratie und der Gelben dem nationalen Leben in unserem Bergkreis drohen, in der Unterstützung der christlich-nationalen Arbeiterschaft nicht zu erlahmen und ganz besonders für die Stärkung der christlichen Arbeiterschaft einzutreten. Sobald erklart der 19. Delegiertentag nochmals unter Bezugnahme auf die früheren Beschlüsse der Delegiertentage des Berges und der Diözese, daß Mitglieder von Arbeiterverbänden, die grundsätzlich die christlichen Gewerkschaften ablehnen, mögen es sozialdemokratische Gewerkschaften oder Christ-Demokratische, oder gelbe Gewerbevereine oder Deutscher Buchdrucker-Verband sein, den katholischen Arbeitervereinen nicht angehören können, und fordert die Vereinsleistungen aus, die früheren Beschlüsse streng durchzuführen.“

Kapitalistische Hölle der christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Wie die Unternehmer den Gewerkschaftskrisen bei Wahlen zu Hilfe eilen, darüber gibt ein Mundfleckens Auskunft, das anlässlich der bevorstehenden Kreiswahlswahlen in Mühlheim-Mühle von Unternehmern an Unternehmern verhandelt worden ist. Dieses Mundfleckens hat folgenden Wortlaut:

„P. P. (Mühlheim-Mühle), den 7. Oktober 1913.

Die Wahlen für die Ortsräte finden am 28. Oktober ab. J. statt, und mit Absicht auf die zur Einführung gesponnenen Verhältnisse ist es möglich, die Herrschaft der Sozialdemokratie, also eine einseitige Parteiherrschaft, zu brechen, wenn sämtliche Arbeitgeber die bei der Wahl bereitlichen nationalen Arbeiterverbände unterstützen, als sie die Namen und Wohnung der bei ihnen beschäftigten und bei der Ortsrätekasse angemeldeten, über 21 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen angeben.

Eine große Zahl Arbeitgeber hat in richtigem Erkenntnis der Wahrung ihrer eigenen Interessen dies bereits besorgt und bitten wir auch Sie, die beifolgenden Listen nebst Bescheinigungen aus, möglichst umgehend an Ihren Arbeitgeber Julius Kleinert, Mühlheim-Mühle, Rückertstraße, unter Benutzung des beiliegenden Freitourets, gelangen lassen zu wollen, der sie den nationalen Arbeiterverbänden zur Verfügung stellen wird. Wir rechnen auf Ihre Mithilfe.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Mehrere Arbeitgeber.

Der Inhalt des Mundfleckens dokumentiert, daß die Wahl „christlich-nationaler“ Arbeiterschaften in die Kreisräte vordringen, damit die Interessen der Arbeitgeber in den Kassen gewahrt werden. Das ist sehr deutlich und offenkundig gesprochen. Wohl fassen die „christlich-nationalen“ Arbeiterschaften in Versammlungen und in Flugschriften viel von „Wahrung der Interessen der Arbeiter“, aber die Unternehmer wissen es besser. Nach ihnen müssen „christlich-nationaler“ Arbeiterschreiter gewählt werden, damit die Arbeitgeber vor Schaden bewahrt bleiben. Die schlauen Sozialdemokraten nehmen sich in den Kreisräten zu sehr der Arbeiter an; das aber kann nur verhindert werden, wenn die Unternehmer sich am Wahlkampf gegen die „Roten“ aktiv beteiligen und so den „christlich-nationalen“ Kandidaten zum Siege verhelfen.

Schämen sich die „christlichen“ Gewerkschaften und ihre Mitglieder denn gar nicht mehr?

Berdienter Bergarbeiterlohn.

„Menschenrechte und Hungerspeisestrich!“ So betitelt sich ein Flugblatt, das der „christliche“ Metallarbeiterverband zurzeit in Düsseldorf verbreiten läßt, und das am Schluss auch eine bekannte Stelle aus „Wilhelm Tell“ enthält: „Wenn der Gedanke nirgends Recht kann finden“ usw.

Lebensföhr und Inhalt des Flugblatts lassen darauf schließen, daß der „christliche“ Metallarbeiterverband in Düsseldorf einen Kampf aufgenommen hat, durch den gegen ein Werk gezwungen werden soll, Recht und Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. So scheint es. In Wirklichkeit aber hat der „christliche“ Metallarbeiterverband das Flugblatt herausgegeben, weil er sich um seinen Bergarbeiterlohn gekümmert hat.

Auf der Angestelltenkampf „Rheinland“ in Düsseldorf war früher der Deutsche Metallarbeiterverband stark vertreten, nur ein kleiner Bruchteil der Belegschaft war „christlich“ organisiert. Aufgrund der guten Organisation der Arbeiter waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betrieb eingeführt und sozial die Arbeitern genügend angesetzt worden, was man Arbeiter auf die Straße — einen nach dem anderen. Das erregte Erbitterung; der Metallarbeiterverband wurde aufgefordert, gegen die immer mehr um sich greifende Frauenarbeit vorzugehen. Der Verband lehnte das zunächst ab, weil er die Einführung der Frauenarbeit an sich nicht verhindern konnte, aber er versprach einzutreten, wenn sich gesundheitsgefährliche Folgen für die Frauen herausstellen sollten. Solche Folgen zeigten sich bald. Der Verband ging zunächst vor, aber die Firma ließ sich auf nichts ein. Stattdessen zu bestimmen, gab es den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes und auch denen des Christ-Demokratischen Gewerbevereins die Kündigung. Gleichzeitig wurde ein gelber Bergverein gegründet; der dieser bestreit, durfte im Betrieb bleiben. Der Verband nahm den Kampf auf, da es ja um die Wahrung des Koalitionsrechts handelte.

Am Ende setzte der „christliche“ Metallarbeiterverband ein. Der Streit wurde christlicherweise nicht anerkannt, er wurde als „Rutsch“ hingestellt und schließlich wurde der Streitbrecher proklamiert. Die „christlichen“ Fleißigen aus Kreuztal heran und unter ihnen auch

solche, die auf anderen Werken ausständig geworden waren. Der „christliche“ Beamte hat nach diesen Heldentümchen die Betriebsleitung, neben dem gelben Bergverein die „christliche“ Organisation doch bestehen zu lassen, was zugelassen wurde. Sie arbeiteten die „christlichen“ Organisationen rund 20 Wochen als Arbeitswillige. Sie kämpften gemeinsam mit der Betriebsleitung gegen das Koalitionsrecht. Das „christliche“ Flugblatt erzählte, daß die Betriebsleitung Lohnversprechen gemacht habe soll, Lohnverhältnisse traten nicht ein, wohl aber Abzüge an den Aktionsfächern und zwar bis zu 80 Prozent. Die „christlichen“ Streitbrecher fingen an zu merken, ihre Erregung steigerte sich, als man im Betrieb ansang, auch die „christlichen“ Arbeitern in den gelben Verein hinzutun. Nun rief der „christliche“ Organisationenleitung der Fäden der Geduld. Sie ließ Flugblätter an den Fabrikorten verteilen und vor dem gelben Bergverein warnen. Darauf antwortete die Betriebsleitung mit Maßregelungen der „christlichen“ Arbeiter. Und jetzt verbreitet die „christliche“ Organisation Flugblätter mit den oben wiedergegebenen Lieberhülfte, jetzt zieht sie Friedrich Schiller und schändet diesen noch im Grade.

Die „christliche“ Streitbrechergesellschaft hatte für ihren Verrat eine angemessene Gegenleistung erwartet, sie hat schlimmen Verrat erhalten. Man könnte sie deshalb belügen, aber schließlich hat die „christliche“ Organisation doch nur gearbeitet, was sie reichlich gefäß hat. Und daher verdient sie kein Mitfeind.

Internationale Rundschau.

Die Jahrestagssitzung der Bergarbeiter Großbritanniens.

Am 7. Oktober stand in Scarborough unter dem Vorsitz des Kammermanns Smith die jährliche Konferenz der Bergarbeiterfederation statt, die jetzt 600 000 Mitglieder zählt. Es waren 143 Delegierte erschienen. Der Bürgermeister der Stadt hielt die Konferenz willkommen und bemerkte, daß Scarborough stets bereit sei, alle in seinen Toren aufzunehmen, ob es nun Arbeit oder Könige seien, die für den sozialen Aufstieg des Volkes eintraten.

In seiner Eröffnungssrede befaßte sich der Präsident, Kammerad Smith, zunächst mit dem erfreulichen Mitgliederaufschwung, den die Föderation seit dem letzten Kongress zu verzeichnen hat. Vor einem Jahr stand die Zahl der Mitglieder auf 588 000; sie hat sich seit der Zeit um 74 500 vermehrt. Wenn alle angekündigten Verbände meinten sind, daß die Mitgliedschaft der Föderation der Zahl 800 000 nähert kommt, als der Zahl 700 000. Er machte die Verbände auf ihre Blüte aufmerksam, ihre mittlere Mitgliederzahl anzugeben. Ferner munterte er zu neuen Fortschritten auf und erklärte, die Föderation sollte sich bemühen, ein weiteres Hunderttausend Mitglieder in die Organisation zu ziehen. Weiter führte der Vorsitzende aus: Im vergangenen Jahre sind wir zwar von großen Massenwirkungen, die sich täglich ereignen, sind nicht weniger schlimm. Die Föderation hat es von seher als ihre erste Pflicht angesehen, geschlechterlich den besseren Schutz des Lebens und der Gesundheit ihrer Mitglieder herbeizuführen. Während der Untersuchung über das Massenmordrecht auf der Zeche Gadob machten wir die erstaunliche Entdeckung, daß das letzte Bergvergänges in bezug auf zwei oder drei Paragraphen falsch abgesetzt ist und die Absichten der Gesetzesgeber nicht widerspiegeln. Würde man auch noch so klar beweisen, daß der Direktor der Grube für den Tod der Leute verantwortlich war, es war nach dem Gesetz unmöglich, den Mann zur Rechenschaft zu ziehen. Infolge des Umstandes, daß wir eine außerordentlich große Zahl von Bergleuten im Parlament haben, werden die Gesetze so verdrängt und umstellt gemacht, daß es unmöglich ist, ihnen Awendung zu eingerufen. Bei dem Massenmordrecht auf der Zeche Gadob in Schottland hatten wir wieder eine Überraschung. Der Geschäftsführer der Grube erklärte bei der Unterstützung, daß er beachtigt habe, die Bestimmungen des Gesetzes in bezug auf das Rettungswesen zur Ausführung zu bringen; daß er schon alle vorbereitenden Anstrengungen getroffen und daß er nur noch auf den Befehl warte. Als wir ihn fragten: „Welchen Befehl?“ antwortete er: „Der Befehl von dem Bergarbeiterverband.“ Hier haben wir also das überraschende Ergebnis, daß nicht das Gesetz maßgebend ist, sondern daß es von dem Verband der Arbeitgeber abhängt, ob das Gesetz ausgeführt werden soll. Der Inspektor sagte uns, daß selbst eine vollständig ausgerüstete Rettungsmannschaft bei diesem Grubentypus niemand hätte retten können, und doch ist es eine Tatsache, daß ein Mann 15 Stunden nachher hilflos herausgebracht wurde und heute wohl und munter ist. Der Gewerkschaftskongress tagte zu einer Zeit, als die Behörden mit großer Brutalität und Wildheit gegenstreifende Arbeiter in Dublin und Cornwall vorgingen. Diese Vorfälle haben dazu geführt, daß heute mehr als seit langen Jahren über die Gewerkschaftsbewegung diskutiert wird. Wir haben auch kritische Betrachtungen von Leuten gehabt, die wenig von dem inneren Wesen der Gewerkschaftsbewegung verstehen. So hat Philipp Snowden, der es besser wissen sollte, geschrieben, daß wir Bergarbeiter von dem Minimallohngesetz mehr profitieren hätten als von der ganzen Tätigkeit der Gewerkschaften. Das ist eine lächerliche Behauptung. In den letzten 15 oder 20 Jahren hat die Föderation den Bergarbeitern hundertmal mehr genügt als das Minimallohngebot. Sie hat die Löhne um 50 Prozent erhöht, und diese 50 Prozent sind ein Minimum, von dem sich nichts nehmen lässt. Wir betrachten das Parlament als ein Mittel, um alle möglichen Vorteile zu erzielen und sie gezielt zu befehligen. Wir sind aber nicht bereit, zugekauft zu werden, daß die Gewerkschaften als Streitkraft eine überlebte

Bürgern seines Vorgängers. Die liberale Wahlorganisation, der 10 Prozent der Bergarbeiter der Grafschaft angehörten, besorgte seine Wahl und überließ sieben unterstützten ihm bei der Aktion. Das konnte sich die Arbeiterpartei, der die Bergarbeiter Derbystites durch die Förderung angeschlossen sind, nicht gefallen lassen, besonders nicht da Kehnau nicht einfach wie andere Arbeiterparteien als Arbeiterkandidat aufrat, sondern sich Arbeiterkandidat und Dorfsozialist nannte, was nur ein anderer Name für liberaler Arbeiterkandidat ist. Die Arbeiterpartei desabolierte deshalb diesen sonderbaren unabkömmligen Arbeiterkandidaten und die Bergarbeiterförderung tat das gleiche. Das hatte jedoch nicht den geringsten Einfluss auf den Ausfall der Wahl, aus der Kehnau mit großer Mehrheit als Sieger hervorging. Diese Episode bildete den Gegenstand der langen Verhandlungen auf der Konferenz. Mit allen gegen 4 Stimmen hielt die Konferenz den Beschluss des Exekutivkomitees gut. Es wurde auch mit einer Mehrheit von 15 Stimmen der Beschluss gefasst, das Komitee zu beauftragen, sich mit der Arbeiterpartei zwecks Regelung der Lage in Verbindung zu setzen. Das soll wohl heißen, dass Mittel und Wege gefunden werden sollen, um Kehnau der Arbeiterpartei einzuhübeln, der auch die anderen beiden Vertreter der Grafschaft angehören, die unter ähnlichen Verhältnissen wie Kehnau gewählt worden sind. Den Schlüssel zu der Situation liefert vielleicht die Auffassung der Bergarbeiter Derbystites, dass die Arbeiterpartei keine unabhängige, von der liberalen Partei verschiedene Partei ist. Die Diskussion diente auch dazu, um das Auftreten der meisten Bergarbeitervertreter zu besprechen. Die Arbeiterpartei hat beständig über die Disziplinlosigkeit dieser Vertreter zu klagen, die meist noch so eng mit dem Liberalismus verbunden sind. Ob die auf der Konferenz von dem Vorsitzenden und den Delegierten geübte Kritik reichten wird, ist sehr fraglich. Denn die Vertreter sind nicht anders wie die Bergarbeiter, die sie vertreten, deren politische Entwicklung nur durch eine planmäßige sozialistische Aktion gefördert werden kann, und daran mangelt es noch sehr infolge der sozialistischen Zersplitterung in Großbritannien. Die jüngeren Bergarbeiter, die wohl jetzt die Mehrheit auf der Konferenz haben, sind mehr Sozialisten; aber da sie nicht die Schülers der Liberalen sein wollen, werden sie meist nicht gewählt. Diese Tatsache mag dazu beitragen, die obige Abstimmung zu erklären.

In der Donauaustellung begründet Hodge (Südwales) folgende Resolution: „Der Exekutivausschuss wird erfüllt, sich mit den Ausschüssen anderer großer Gemeinschaften zur gemeinschaftlichen Aktion zur Unterstützung der von jeder Gewerkschaft erhobenen Forderung in Verbindung zu setzen.“ Der Begründer wies auf die bestehende Wohllosigkeit in der Gewerkschaftswelt hin. So hatten z. B. die Eisenbahner wie die Bergarbeiter ihren Generalstreit geführt, ohne aufeinander Rücksicht zu nehmen. Die Eisenbahner hätten zur Zeit den Achtundertag und den Minimallohn auf ihrem Programm. Die Bergarbeiter waren dabei, ein Programm zu formulieren. Und im Jahre 1915 ließen die Verträge der Bergarbeiter ab und mühten durch diese erneut werden. Wäre es da nicht besser, etwas Planmäßigkeit in die gewerkschaftliche Aktion der drei genannten Berufe zu bringen und gemeinsam vorzugehen? Und welcher Verbund wäre besser geeignet, die Führer zu übernehmen als die Bergarbeiterförderung, die die beste und stärkste Organisation des Landes darstellt? — Burton (Northumberland) unterstützte die Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Man wird gut tun, die Entwicklung dieser Bewegung genau zu verfolgen.

Anderer Resolutionen, die Annahme fanden, betrafen die Emission freier Arbeiter aus den Zechenwohnungen, Abänderungen des Unfallentschädigungsgegesches, die nur nach eingehender Erklärung dieser Einrichtungen verständlich gemacht werden können; dann die Lage der Kontrollwiegemeister, die heute mangels von den Unternehmern geprägt werden, wenn sie in den Gewerkschaften vertreten. Die Konferenz verlangte gesetzliche Bestimmungen, die die Bewegungsfreiheit der Kontrollwiegemeister besser gewährleisten. Folgender Antrag von Lancashire wurde mit 73 gegen 40 Stimmen angenommen: „In Anberacht, dass die Abzüge für Licht, Lampen und Explosivstoffe ohne die Zustimmung der sie benützenden Arbeiter nicht geübt werden können, soll allen Zechenbesitzern in Großbritannien bekannt gegeben werden, dass nach einem von der Nationalkonferenz zu bestimmenden Datum keine Abzüge für Licht, Lampen oder Explosivstoffe gemacht werden dürfen.“

Der Exekutivausschuss wurde beauftragt, eine Vorlage zur Änderung des Mindestlohnsgesetzes auszuarbeiten, die folgende Änderungen enthalten soll: das Gesetz soll auf alle Nebertagsarbeiter Anwendung finden; Ausmerzung gewisser Reglemente in den Schiedssprüchen; der Mindestlohn soll nur auf Grundlage des Verdienstes einer Woche festgelegt werden; der Arbeitgeber muss den Beweis in Streitfragen über die Arbeitsfähigkeit eines Arbeiters erbringen; der Mindestlohn für jede Arbeiterkategorie muss um wenigstens 75 Pf. den Tag erhöht werden. Es gelangte auch eine Resolution zur Annahme, der die Aufhebung des Gesetzes vom Jahre 1875 über Arbeiter und Arbeitgeber verlangt; nach dem der Arbeitgeber vor dem Magistrat den Arbeiter wegen angeblicher Kontraktbrüche auf Entschädigung verhagen kann.

Die nurmehr bekannten Wahlergebnisse zeigten, dass der Kamerad Smith einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt ist. Es sind ferner wiedergewählt die Kameraden Hartshorn (Vizepräsident), Ashton (Sekretär) und Bracham (Schatzmeister).

Knappshaftliches.

Generalversammlung der Allg. Knappshaft-Pensionstasse für das Königreich Sachsen.

Die diesjährige Generalversammlung wurde am 11. Oktober im Hotel „Sachsenhof“ in Leipzig abgehalten. Man hatte jedenfalls deshalb Leipzig als Tagungsort gewählt, um den Vertretern Gelegenheit zu geben, die Bautechnikausstellung zu besuchen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Geschäftsrats für das Jahr 1912; 2. Bericht des Prüfungsausschusses über die Rechnung für das Jahr 1912 und Beschaffung über die Genehmigung der Rechnung und über die Entlastung des Vorstandes; 3. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Rechnung für das Jahr 1913; 4. Wahl eines Erfakmannes für den Vorstand für die Zeit bis Ende 1914; 5. Wahl eines Erfakmannes für den Vorstand für die Zeit bis Ende 1916.

Anscheinend waren 70 Arbeitervertreter mit je einer Stimme und 32 Werksvertreter mit insgesamt 68 Stimmen.

Die beiden ersten Punkte wurden ohne Debatte erledigt. Angesichts dessen möchten wir doch einmal die Frage aufwerfen, ob denn zu dem Geschäftsbereich gar nichts zu sagen ist? Wir sind freilich der Meinung, dass hier sehr viel zu sagen wäre, wenn alle Vertreter die Bedeutung und Wichtigkeit der Generalversammlung erkannt hätten. Muß denn eine solche Generalversammlung immer innerhalb 60 Minuten erledigt sein?

In den Prüfungsausschuss wurde Herr Voß als Bereiter, sowie die Herren Morgenstern und Preisch aus den Reihen der Mitglieder gewählt.

Zu Punkt 4 und 5 wurden als Erfakmänner die von den organisierten Altesten vorgeschlagenen Kandidaten mit 52 bzw. 49 Stimmen gewählt, und zwar die Hauer Ulrich König aus Gersdorf und Eduard Schödel aus Kleinmauerndorf.

Die organisierten Altesten hatten noch folgenden Antrag gestellt: „Die Generalversammlung sollte beschließen, in § 19 der Satzung einen Absatz 3 anzufügen, dahingehend, dass bei Bewilligung von rechtsgerichtlichen Renten für dauernde Invalidität auch die knappshaftlichen Mehrleistungen vom Beginn der dauernden Invalidität mit zur Auszahlung gelangen.“

Der Vorsitzende gab vor der Beratung dieses Antrages die Erörterung ab, dass er, wenn seitens der Arbeitervertreter keine Erweiterungsanträge zu diesem Antrag gestellt würden, in Aussicht stellen könne, dass der Antrag auf rechtsgerichtliche Invaliditäten vom Tage der Erkrankung jährlig mit der erfaschten knappshaftlichen Leistung angenommen würde. Würden aber Erweiterungsanträge gestellt, so käme der ganze Antrag zu Fall.

Diese Drohung und die dadurch hergerufene Beeinflussung der Generalversammlung war unseres Erachtens nicht angebracht. Wenn von den Arbeitervertretern dem Antrag noch ein Tag angefügt worden wäre, dass diese Bestimmung rückwirkend sein sollte bis zum 1. Januar 1912, so wäre das ihr gutes Recht gewesen, weil tatsächlich in der jetzt geübten Handhabung eine Verschlechterung gegen früher liegt. Oder glaubt man in den Kreisen der Arbeiter, dass die seit 1912 in Frage kommenden Invaliden die Groschen nicht notwendig gebrauchen? Man hätte über diesen Zusatzantrag nur getrennt abzustimmen brauchen, so dass der erstere nicht in Gefahr kam, abgelehnt zu werden.

Es hätte sich dann auch wieder einmal, wie so oft, geschlossen lassen, wie gewisse Herren bemüht sind, für das Wohlergehen ihrer Belegschaften das möglichste zu tun. Nachdem die Altesten auf Stellung eines Zusatzantrages verzichtet hatten, wurde der Antrag der Verbandsleiter einstimmig angenommen. Der Antrag trat 1914 in Kraft und die in Frage kommenden erhöhten Auszahlungen für die betreffenden Invaliden werden im zweiten Halbjahr beginnen. Es muss auch hier wieder hervorgehoben werden, dass Anträge auf Befestigung von bestehenden Höchten oder Errichtung von Verbesserungen immer von den organisierten Altesten gestellt werden, aber niemals von den sogenannten gelben oder königstreuen. Die Bergarbeiter haben auch hier wieder Gelegenheit, daraus zu lernen.

Aus dem Niederschlesischen Knappshaftverein.

Die durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse verursachte Steigerung der Krankheitsfälle hat die Grubenbesitzer veranlasst, nach den Krankenkontrollorenn zu schreien. Dass dieses Mittel keine Hilfe bringen kann, in Gegenseit, durch die hohen Kosten, noch mehr zur Verschlechterung der Kostenverhältnisse beitragen muss, darüber sind sich wohl alle Kenner der Verhältnisse einig, außer den Grubenbesitzern. Solange nicht die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter gehoben wird, solange ist an eine Besserung nicht zu denken. Durch die Nebenerkrankung bei der Grubenbesitzer und die schlechte Ernährung infolge der nicht ausreichenden Löhne verschlechtert sich die Gesundheit der Bergarbeiter immer mehr. Aber nicht allein die Krankheits-, auch die Sterblichkeitsziffer erhält eine fortwährende Steigerung. Das gleiche ist in bezug auf die Invaliden der Fall. Seit Anfang der letzteren Jahre hat sich die Belegschaft wieder erholt, die Zahl der Invaliden hat sich dagegen verschoben.

Diese Verhältnisse lassen sich nicht durch Krankenkontrollorenn bessern, sondern nur durch eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne und Besserung der Arbeitsbedingungen, sowie Erhöhung der Knappshaftleistungen. Auch bei der Knappshaftsbäckerei hofft es. Im Oktober 1847 wurde die heute noch bestehende Knapphaftsbäckerei in Göttberg eröffnet, um den Bergarbeitern billiges, gutes und nahrhaftes Brot zu verschaffen. 1858 ging die Bäckerei in den Besitz der Niederschlesischen Bergbau-Hilfskasse über. Vor dem hatte die Bergbehörde die Oberaufsicht und Kontrolle. Erst am 4. Oktober 1862 wurde sie von dem Niederschlesischen Knapphaftverein endgültig übernommen. Vorweg sei gesagt, dass die Knapphaftsbäckerei der Bergarbeiterföderation noch nicht viel Freude bereitet hat, in den letzten Jahren besonders hat sie sich geradezu zu einem Schmerzenstab entwidelt. Ueberschüsse, die die Bäckerei bisher erzeugt hat, sind immer sehr gering ausgefallen. Im Jahre 1877 waren es rund 14 000, in den Jahren 1880 und 1882 rund 10 000 Mark. Alle übrigen Jahre war es bedeutend weniger. Diese Ueberschüsse sind noch in der Haupstadt dadurch entstanden, dass man keine entsprechenden Abschreibungen vorgenommen hat. Trotz dieses Unstandes waren 1879, 1891, 1894, 1898, 1897, 1908 und 1907 Defizite in Höhe von 303 bis 2557 Mark zu verzeichnen. War diese Wirtschaft schon seineswegs angenehm, so kommt es in den letzten Jahren noch schlimmer. 1911 war ein Defizit von 384,33 M. und 1912 gar ein solches von 10 382,31 M. vorhanden. Bei Berücksichtigung dieser Zahlen muss verübt werden, dass schon seit 1909 keinster Abschreibung vorgenommen worden sind. Wäre es anders, die Defizite wären geradezu erschreckend hoch. Doch es versteht der Bergarbeiter alle Ursache haben, gegen eine solche Wirtschaft Stellung zu nehmen, ist begreiflich, ist es doch ihr Geld, das da alljährlich in den Bäckereien verschwendet wird. Wie die Dinge heute liegen, ist an eine Besserung nicht zu denken. Solange nicht die Bäckereiverwaltung das Recht hat, die Preise für ihre Produkte selbst festzusetzen, folgt die Pleißische Grubenverwaltung hier den Ton an. Und solange werden die Bergarbeiter weiter tüchtig Geld aus der Knapphaft biechen müssen. Hier muss unbedingt Wandel geschaffen werden. Will die Pleißische Verwaltung ihren Arbeitern billiges Brot liefern, so wird sie niemand daran hindern, nur verlangen wir, dass sie die Kosten bezahlt und nicht die Knapphaft bluten muss.

Mitstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Becker Bräsig: Am Querschlag (Revier III, Steiger Koch) stand am Montag abend ein Bruch, der zur Folge hatte, dass von fünf Schüttelrutschern die Kameraden der Morgen- und Mittagsgrube nicht forbernen konnten. Der Querschlag ist mit Knappshälen ausgebaut und ist in einem so baufälligen Zustand, dass die Kameraden dieses Reviers in Gefahr sind, auf dem Wege zur Arbeitsstelle ersticken zu werden. Die Stöcke sind so eingerichtet, dass auf vielen Stellen die Wagen nicht durchgehen. Vor den Arbeitsstellen selbst mangelt es an Holz. Aber nicht nur in diesem Revier, auch in anderen Revieren wird ständig über Holzmangel gestagt. In diesem ständigen Holzmangel ist auch wohl die Ursache zu suchen, die es mit sich bringt, dass fast täglich ein Kamerad mit zerschlagenen Gliedern den Kramenkasten überführt werden muss. Auch die Tatsache, dass am letzten vorherigen Monat über 300 Mann von diesem Platz abgesetzt sind, beweist wohl am besten, wie es zugehen muss. Mit welchen Mitteln die Verwaltung hier arbeitet, die Kameraden bis zum äußersten auszubuten, geht daraus hervor, dass der Betrieb fast jeden Freitag durch Aufschlag befann gegeben wird, am Samstag 1½ Schichten zu verfahren. Die Verwaltung sollte doch wissen, dass die Kameraden in sechs Schichten gerade genug geschafft und genug Opfer gebracht haben und wohl so viel wert sind, den Sonntag mit ihrer Familie zu verleben, ohne jedesmal 1½ Schichten in den Knochen zu spüren. Am Schluss sei den Kameraden noch gesagt, dass es eines freiorganisierten Arbeiters unwürdig ist, seinen Warenbedarf in einem Zechenkontum zu decken. Jeder Kamerad sollte wissen, dass es hier am Ende des Konsumverein „Wohlfahrt“ möglich ist, dem er sich anzuwünschen hat. Ganz besonders über fordern wir die Kameraden auf, mehr wie bisher für die Organisation zu wirken, um mal endlich aus diesen unverständigen Zuständen herauszutkommen.

Becker Gottfried Wilhelm: (Berichtigung). Auf Grund des Reichspatentgesetzes erlauben wir Sie, die nachstehende Berichtigung des in Nr. 40 vom 4. Oktober der „Bergarbeiter-Zeitung“ unter dem Stichwort „Zeche Gottfried Wilhelm“ veröffentlichten Artikels aufzunehmen: Die Schäfte wird stets von einem Beamten bearbeitet. Auf der zweiten und dritten Sohle sind je zwei Männer verpflichtet, täglich die Fahrnummern anzusehen und auszugeben. Für einen etwa fehlenden Mann wird sofort Ersatz gestellt. Bis jetzt ist es nur ein mal vorkommen, dass die Fahrnummern nicht verausgabt worden sind; der verantwortliche Beamte ist sicherlich zur Rechenschaft gezogen worden. Die Beiträfungen entsprechen genau dem Verhalten der betreffenden Leute. Die Brauerei in der Waschhalle werden nach Bedarf geöffnet. Wenn die Waschhalle voll besetzt ist, laufen auch sämtliche Brauereien. Die Temperatur des Wassers wird unter Berücksichtigung der Augentemperatur in den Grenzen von 32 bis 36 Grad genau mit dem Thermometer festgestellt. Essener Steinkohlenbergwerke, Altengremmendorf.

Becker Neumühl: Trotzdem von der Verwaltung der Zeche auf alle Art und Weise verübt wird, Leute heranzuziehen, um die Belegschaft stabil zu halten, werden andererseits wieder Leute, welche sich nicht alles gefallen lassen, ohne Grund entlassen. Hier nur der leichte Fall. In Revier III, Schacht III, Steiger Benninghoff, welcher ein Höhe von Geistalt ist, arbeiteten zwei Brüder, Johann und Max Heigl, welche nach Ansicht des Steigers nicht genügend Steine tippen. Die Kameraden erklärten, sie könnten so wie so nichts verdienen, das Steintippen müsste extra vergütet werden. In diesem Betriebspunkt ist es außerdem noch sehr nah, weil das Wasser aus dem Gangen tritt und die darunter Arbeitenden durchwirkt werden, ist also höchst gesundheitsschädlich. Es kam wegen dem Steintippen zum Wortwechsel, wobei der Steiger handgreiflich wurde, den Johann Heigl an die Schulter fasste und versuchte, ihn zu Boden zu drücken. Heigl wehrte sich selbstverständlich, ergriff ein Stück Kohle und warf es dem Steiger ins Gesicht. In Wahrheit hat der Kamerad das Recht und wird nicht bestraft, anders ist es auf Zeche Neumühl. Als die beiden Kameraden zu Tage kamen, musteten dieselben sich beim Betriebsführer Schäfer melden, wo der Steiger die Fahe so darstellte, als wenn Heigl ihm zuerst angegriffen hätte. Ohne den Vorfall näher zu untersuchen, wurde dem Steiger Glauben geschenkt; die beiden Kumpels durften nicht mehr anfangen und belämen wegen tatsächlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten die Arbeit. Auch durch das Vorstellenwerden des Arbeiterausschusses wurde davon nichts geändert, sondern was der Steiger gesagt hatte, war wahr und die Leute hörten gehen. Jetzt können sie darüber nachdenken, wie töricht sie gehandelt haben, als sie zum Steiger gesagt hatten: „Schlagen Sie nur zu, wir halten schon still.“

Kameraden von Zeche Neumühl, lasst euch diesen Vorfall zur Warnung dienen; wenn euch euer Vorgesetzter auf die linke Seite hält, halte ihm brav auch die rechte hin und ihr könnt weiter in Arbeit bleiben.

Becker Neumühl: Schacht Grünspeis. Allerdings kam hier ein Arbeiter zum Obersteiger B. und fragte an, warum er von einer Arbeit zur anderen geschoben würde. Hierbei kam es zu Auseinandersetzungen. Am Nu wurde jetzt der Arbeiter von anderen Steigern umgestellt, ins Bureau gezeigt und durchgepeitscht, so dass er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen musste und einige Zeit in seiner Arbeitsmöglichkeit beschränkt war. Ebendann wurde aber noch zur Polizei geschickt und der Arbeiter des Hauses beschuldigt. Sind dem Justizbeamter diese Vorgänge bekannt geworden? Was sagt die Staatsanwaltschaft dazu?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Becker Nordstern: Was gehen von Arbeitern fortgesetzte Beschwerden über schlechte Behandlung durch Beamte. Sogar zu Täglichkeiten lassen sich einige Beamte hinreißen. Das verdient die schärfste Verurteilung. Wir verurteilen allerdings auch die Arbeiter nicht, die sich eine solche Behandlung gefallen lassen. Ein Beamter soll sogar in der Grube einen Revolver tragen. Wenn das der Fall ist, dann scheint der Mann ein sehr schlechtes Gewissen zu haben. Wir erwarten dringend, dass die Verwaltung Abhilfe schafft. Geschieht das nicht, fragt sie die Verantwortung, wenn es zwischen Arbeitern und diesen Beamten einmal zu ernsten Zusammenstößen kommt. Beamte, die so wenig Selbstbeherrschung besitzen und sich zu Täglichkeiten hinreißen lassen oder gar einen Revolver in der Grube tragen, sollten unverzüglich ihres Amtes entthoben werden, weil sie sich nicht dazu eignen. Sollte eine Änderung nicht bald eintreten, sind wir gezwungen, die Namen der fraglichen Beamten, die anscheinend noch nicht kapiert haben, das mit in einem Kultusamt und im 20. Jahrhundert leben, zu veröffentlichen.

Becker Oidbawer (Wurmbrevier): Dieser Schacht ist im Abteufen begriffen und wird ausgeführt von der Firma Gebhard und König. Es herrscht hier eine Antreiberei sondergleichen. Der größte Antreiberei ist der Aufseher Hammermeier. Dieser Mann muss schon ganz vergessen haben, dass er selbst auch mal Arbeiter war. Sein Lieblingsausdruck ist: „Wer nicht spinnt, der fliegt!“ Und in der Tat sind ja auch schon vergleichsweise gestoppt. Sogar Drittelführer hat man abgesetzt, angeblich wegen Minderleistung. Die Sache hat aber einen Haken, denn die guten Freunde und Landsleute von Hammermeier müssen ausgezeichnet werden. Auch wird verhältnismäßig viel beschäftigt. Wohin aber die Strafgerichte kommen und wozu sie verurteilt werden, liegt kein Arbeiter zu wissen. So wurden neulich zwei Schlepper wegen Rauchs im Turme mit je 8 Mark bestraft. Verhängt wurde die hohe Strafe wegen angeblicher Schlagwettergefahr. Wir möchten den Betriebsführern mal fragen, ob die Gefahr nicht vorhanden ist, wenn jemand mit der brennenden Sprengstoff im Munde in den Kabel steigt und den Schacht herunterfällt oder wenn der Aufseher A. mit einem glühenden Eisen ein Loch durch den Bohlenbalken brennt, der über dem Schacht liegt. Drei bis fünf Minuten nach dem Schlecken sind schon Raute auf der Sohle, obwohl der Schacht noch voll Tompt steht. Ganz leichtsinnig wie mit dem Sprengstoff umgegangen. Sobald derselbe auf die Sohle kommt, nimmt sich jeder Betriebsarbeiter ein Sack und fängt an zu besehen. Steiger und Drittelführer treiben stets: „Kehls, du bist der Sohle, der Schacht noch voll Tompt steht. Ganz leichtsinnig wie mit dem Sprengstoff umgegangen. Sobald derselbe auf die Sohle kommt, nimmt sich jeder Betriebsarbeiter ein Sack und fängt an zu besehen. Steiger und Drittelführer treiben stets: „Kehls, du bist der Sohle, der Schacht noch voll Tompt steht. Ganz leichtsinnig wie mit dem Sprengstoff umgegangen. Sobald derselbe auf die Sohle kommt, nimmt sich jeder Betriebsarbeiter ein Sack und fängt an zu besehen. Steiger und Drittelführer treiben stets: „Kehls, du bist der Sohle, der Schacht noch voll Tompt steht. Ganz leichtsinnig wie mit dem Sprengstoff umgegangen. Sobald derselbe auf die Sohle kommt, nimmt sich jeder Betriebsarbeiter ein Sack und fängt an zu besehen. Steiger und Drittelführer treiben stets: „Kehls, du bist der Sohle, der Schacht noch voll Tompt steht. Ganz leichtsinnig wie mit dem Sprengstoff umgegangen. Sobald derselbe auf die Sohle kommt, nimmt sich jeder Betriebsarbeiter ein Sack und fängt an zu besehen. Steiger und Drittelführer treiben stets: „Kehls, du bist der Sohle, der Schacht noch voll Tompt steht. Ganz leichtsinnig wie mit dem Sprengstoff umgegangen. Sobald derselbe auf die Sohle kommt, nimmt sich jeder Betriebsarbeiter ein Sack und fängt an zu besehen. Steiger und Drittelführer treiben stets: „Kehls, du bist der Sohle, der Schacht noch voll Tompt steht. Ganz leichtsinnig wie mit dem Sprengstoff umgegangen. Sobald derselbe auf die Sohle kommt, nimmt sich jeder Betriebsarbeiter ein Sack und fängt an zu besehen. Steiger und Drittelführer treiben stets: „Kehls, du bist der Sohle, der Schacht noch voll Tompt steht. Ganz leichtsinnig wie mit dem Sprengstoff umgegangen. Sobald derselbe auf die Sohle kommt, nimmt sich jeder Betriebsarbeiter ein Sack und fängt an zu besehen. Steiger und Drittelführer treiben stets: „Kehls, du bist der Sohle, der Schacht noch voll Tompt steht. Ganz leichtsinnig wie mit dem Sprengstoff umgegangen. Sobald derselbe auf die Sohle kommt, nimmt sich

